

# JOHANNES MARIA GFÖLLNER UND DER STÄNDESTAAT. PORTRÄT EINES UNGEMÜTLICHEN BISCHOFS<sup>1</sup>

Jürgen Steinmair

*„Jedermann soll wissen, wie wir denken. Wir müssen den katholischen Bekennermut aufbringen, uns in offenen und entschiedenen Widerspruch zu setzen mit der führenden gegnerischen Presse, mit den politischen Schlagwörtern, mit der tonangebenden öffentlichen Meinung. Nicht die Majorität entscheidet, sondern die Wahrheit.“*

Johannes Maria Gföllner am  
Allgemeinen Katholikentag 1923<sup>2</sup>

## Forschungsstand

Johannes Maria Gföllner (1867-1941) zählt in vielerlei Hinsicht zu den interessantesten österreichischen Bischöfen des frühen 20. Jahrhunderts. Aus historiographischer Perspektive lohnt sich eine Untersuchung seines Wirkens schon deshalb, da es in Linz als einziger österreichischer Diözese während der gesamten Zwischenkriegszeit zu keinem Bischofswechsel gekommen ist. Noch von Kaiser Franz Joseph 1915 zum Linzer Oberhirten ernannt, leitete er sein Bistum am Übergang von Monarchie zur Republik, war Unterstützer des politischen Umsturzes 1933/34 und des sich daraufhin etablierenden Ständestaates und musste schließlich resignierend den Anschluss an Hitlerdeutschland und in weiterer Folge den Ausbruch

---

<sup>1</sup> Folgende Abkürzungen werden verwendet: AA.EE.SS. = Archivio della Congregazione degli Affari Ecclesiastici Straordinari, AES = Archiv der Erzdiözese Salzburg, ASV/AdNdV = Archivio Segreto Vaticano/Archivio della Nunziatura di Vienna, ASV/S.RR.SS. = Archivio Segreto Vaticano/Segreteria di Stato, Sezione per i Rapporti con gli stati, DAG = Diözesanarchiv Graz, DAL = Diözesanarchiv Linz, DASP = Diözesanarchiv St. Pölten, DAW = Diözesanarchiv Wien, HHStA = Haus-, Hof- und Staatsarchiv, NAGDL = Neues Archiv für die Geschichte der Diözese Linz, OÖLA = Oberösterreichisches Landesarchiv, ÖSTA/AdR = Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, RHM = Römische Historische Mitteilungen.

<sup>2</sup> Zit. nach Prantner, Robert: Kreuz und weiße Nelke. Christlichsoziale und Kirche in der 1. Republik im Spiegel der Presse (Wien 1984) 115

des Zweiten Weltkrieges miterleben.<sup>3</sup> Diese langjährige Kontinuität in der oberösterreichischen Diözesanführung erlaubt die Auswirkungen der schwerwiegenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen auf das kirchliche Leben im oberösterreichischen Kirchensprengel, der mit Ausnahme der Jahre 1938 bis 1945 mit den heutigen Landesgrenzen deckungsgleich ist, historisch besonders gut einzuordnen. Erschwert wurde eine intensivere Auseinandersetzung mit Gföllner bislang aufgrund der sehr spärlichen Quellenlage. Die Bischofsakten zu Gföllner zählen trotz seiner langen Amtszeit und seiner sorgfältigen Aktenführung – seine Empfehlung an den Kanzleiklerus folgte der scholastischen Regel „quod non est in actis, non est in mundo“<sup>4</sup> – zu den dünnsten des gesamten Diözesanarchivs. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen wollte er der Nachwelt einen im Sinne seines Amtsverständnisses idealtypischen und repräsentativen Nachlass hinterlassen, was sich daran erkennen lässt, dass darin so gut wie keine private Korrespondenz erhalten ist, zum anderen wurde ein großer Teil der Akten im Zuge des Anschlusses skartiert, nicht zuletzt deshalb, weil der Linzer Bischof zu den bekennenden Gegnern des Nationalsozialismus zählte.<sup>5</sup> Hinzu kommt, dass Gföllner Zeit seines Lebens nur wenige Sozialkontakte pflegte. Der dem Bischof nahestehende Personenkreis war äußerst klein und beschränkte sich vornehmlich auf Verwandte oder ihm höchst ergebene Vertraute, die der Nachwelt keinerlei Erinnerungen vermacht haben.

Diese karge Quellengrundlage hinterlässt in der einschlägigen Literatur deutliche Spuren. Mit Ausnahme einer einzigen, 152 Seiten umfassenden Monographie aus dem Jahr 1972 existieren zu Gföllner nur Aufsätze. Kutscheras Biographie besticht zwar durch eine aufwendig betriebene Auswertung der zeitgenössischen Berichterstattung, doch diese Dominanz der Zeitungsartikel verleiht der Arbeit eine sehr offizielle Sichtweise. Von den meist nur wenige Seiten zählenden Aufsätzen stammte die überwiegende Mehrzahl hingegen aus der „Schreibwerkstatt“ des Linzer Diöze-

---

<sup>3</sup> In Anspielung auf diese bewegte Geschichte wählte Kutschera als Untertitel seiner Biographie „Bischof dreier Zeitenwenden“. Kutschera, Richard: Johannes Maria Gföllner. Bischof dreier Zeitenwenden (Linz 1972)

<sup>4</sup> Knopp, Josef: Nachruf auf Bischof Johannes Maria Gföllner († 1941). In: NAGDL 3. Jg. (1984/85) H. 1, 57

<sup>5</sup> Hier stützt sich der Autor auf die Einschätzung des ehemaligen Direktors des Linzer Diözesanarchivs Dr. Johannes Ebner.

sanarchivs.<sup>6</sup> In handwerklich gekonnter Weise und ohne überladenes Lokalkolorit wurde darin der wenig ergiebige Aktenbestand ausgeschlachtet. Rudolf Zinnhoblers Forschungsinteresse richtete sich dabei vorrangig auf das politische Engagement des Linzer Bischofs, wodurch die bis heute bestehende Wahrnehmung Gföllners in der Literatur maßgeblich vorgegeben wurde. Wiederholt thematisierte er (ausgehend von Gföllners Hirtenbrief über den „wahren und falschen Nationalismus“) dessen Verhältnis zum Nationalsozialismus.<sup>7</sup> Gföllner kritisierte bekanntlich unmittelbar vor der Machtübernahme Adolf Hitlers den Nationalsozialismus in so scharfer Weise, dass die anderen Bischöfe von einer Verlesung des Hirtenbriefes in ihren Diözesen Abstand nahmen. Auf diese Sonderrolle machte auch Maximilian Liebmann wiederholt aufmerksam, der sich intensiv mit dem Verhalten des Episkopates beim Anschluss auseinandersetzte.<sup>8</sup> Ein wiederkehrender Topos in Zinnhoblers Arbeiten ist aber auch Gföllners Konflikt mit der christlichsozialen Parteiführung in Oberösterreich, den er im Auflösen des katholischen Volksvereins gipfeln sah.<sup>9</sup> Da die Organisation der oberösterreichischen Christlichsozialen mit jenem des katholischen Volksvereins deckungsgleich war, wird Gföllner somit eine aktive Rolle bei der Errichtung einer Diktatur in Österreich zugeschrieben. Entsprechend dieser Lesart führt man auch den bis heute kontroversiell diskutierten Beschluss der Bischöfe, der katholischen Geistlichen 1933 jede weitere parteipolitische Tätigkeit untersagte, auf Gföllner, den politischen Refe-

---

<sup>6</sup> Dazu werden in erster Linie die Publikationen des Neuen Archivs für die Geschichte der Diözese Linz gezählt. In Autoren ausgedrückt lässt sich dies an den Personen Johannes Ebner, Monika Würthinger und Rudolf Zinnhobler festmachen.

<sup>7</sup> Zinnhobler, Rudolf: Bischof Gföllner und der Nationalsozialismus. In: Amtliche Linzer Zeitung H. 6 (1979) 157–159; Ders.: Die Haltung Bischof Gföllners gegenüber dem Nationalsozialismus. In: Das Bistum Linz im Dritten Reich (Linzer philosophisch-theologische Reihe 11, Linz 1979) 61–73; Ders.: Bischof Johannes M. Gföllner und die „Feierliche Erklärung“ des österreichischen Episkopats vom 18. März 1938. In: NAGDL 2. Jg. (1982/1983) H. 1, 146–155; Ders.: Johannes Evangelist Maria Gföllner. In: Zinnhobler, Rudolf: Die Bischöfe von Linz (Linz 1985) 261–288; Ders.: Bischof Gföllners letzter Hirtenbrief. In: NAGDL 12. Jg. (1998/1999) 5–8; Ders.: Bischof Johannes Maria Gföllner von Linz. Seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. In: Mikrut, Jan (Hg.): Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs VII (Wien 2003) 53–74; Ders.: Die Bischöfe Gföllner und Fließer in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. In: Liebmann, Maximilian – Paarhammer, Hans – Rinnerthaler, Alfred (Hg.): Staat und Kirche in der „Ostmark“ (Frankfurt am Main u. a. 1998) 515–558

<sup>8</sup> Vgl. Liebmann, Maximilian: NS-Kirche: Bischof Gföllner verhält sich anders. In: Theologisch-praktische Quartalschrift 130. Jg. (Linz 1982) 125–131

<sup>9</sup> Vgl. Zinnhobler: Seine Auseinandersetzung 55f.; Zinnhobler: Johannes Evangelist Maria Gföllner 261–288

renten der Bischofskonferenz, zurück.<sup>10</sup> Die Triebfeder seines politischen Handelns wird vielfach in seiner offenkundig monarchistischen Gesinnung und „sozialkonservative[n]“ Werthaltung gesucht.<sup>11</sup> Es herrscht daher in der Forschung weitgehende Übereinstimmung, dass Gföllner den Übergang von der Monarchie zum demokratischen Parteienstaat mit seinen frei konkurrierenden politischen Bewegungen innerlich nicht mittragen konnte.<sup>12</sup> Keine Vereinbarung mit der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre attestierte er neben der Sozialdemokratie besonders dem Nationalsozialismus (es sei „unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Nationalsozialist zu sein“<sup>13</sup>). Dies hatte zur Folge, dass die Sozialdemokraten in Oberösterreich ihren Kulturkampf vornehmlich gegen den Bischof und nicht gegen die Landeshauptmann-Partei, der bis 1927 in der Person Johann N. Hausers (1866-1927) ebenfalls ein Priester vorstand, führten.<sup>14</sup> Der Linzer Ordinarius bot schon alleine aufgrund seiner rigiden Sitten- und Moralvorstellungen viel mehr Angriffsfläche als der populäre Landesvater.<sup>15</sup> Mit vergleichbarer Konsequenz trat er auch

<sup>10</sup> Vgl. Hanisch, Ernst: Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“. In: Talos, Emmerich – Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik Ökonomie Kultur 1933–1938 (Wien 2005) 74f. Dieser Beschluss kam zwar überraschend, die politische Betätigung war Geistlichen aber schon seit dem Codex Iuris Canonici von 1917 untersagt und nur mit bischöflicher Genehmigung erlaubt. „Innerhalb von etwa einem Monat legten daraufhin fünf Abgeordnete zum Nationalrat, drei zum Bundesrat, elf Landtagsabgeordnete und darüber hinaus zahlreiche Gemeinderäte ihr Mandat zurück.“ Schima, Stefan: Überschätzt von Freund und Feind? Das österreichische Konkordat 1933/34. In: Reiter-Zatloukal, Ilse – Rothländer, Christiane – Schönberger, Pia (Hg.): Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien 2012) 45–46

<sup>11</sup> Vgl. Weinzierl, Erika: Der Episkopat. In: Klostermann, Ferdinand u. a. (Hg.): Kirche in Österreich. 1918–1965 I (Wien 1966) 24. Nach der Ermordung Dollfuß' sieht Erika Weinzierl den Linzer Bischof „zeitweise jener Gruppe der ‚inneren‘ christlichsozialen Opposition gegen den Ständestaat“ nahestehend, „der auch Leopold Kunschak und Wilhelm Miklas angehörten“.

<sup>12</sup> Nach außen hin schloss er sich der Kundmachung Kardinal Friedrich G. Piffls an, die Klerus und Gläubige zur Treue gegenüber der Republik ermutigte. Persönliche Voraussetzung, diesen Richtungsentscheid mitzutragen war, dass „der neue Staat Deutschösterreich in seiner gegenwärtigen republikanischen Staatsform ... mit freier Entschließung und voller Zustimmung des rechtmäßigen Trägers der Krone, also in vollständig gesetzmäßiger Weise entstanden, und die gegenwärtige Regierung ... für uns eine rechtmäßige“ ist. Zit. nach Weinzierl: Episkopat 51

<sup>13</sup> Zit. nach Zinnhobler: Seine Auseinandersetzung 73

<sup>14</sup> In der Rolle als Kulturkämpfer dürfte sich Gföllner aber nicht unwohl gefühlt haben. Sein Vorbild war zeitlebens sein ebenfalls streitbarer Vorgänger Franz Josef Rudigier (1811–1884) gewesen, der ihn persönlich gefirmt hatte. Vgl. Weinzierl: Episkopat 24

<sup>15</sup> Vgl. Slapnicka, Harry: „Ultramontanismus“, „Klerikalismus“ und „politischer Katholizismus“. Wirklichkeit und Propaganda – dargestellt anhand der Situation in Oberösterreich in den Jahren 1861 bis 1934. In: Kalb, Herbert – Sandgruber, Roman (Hg.): Festschrift Rudolf Zinnhobler zum 70. Geburtstag (Festschrift Univ. Linz 2001) 338f.

gegen die „Irrlehre“ Nationalsozialismus auf. Seine entschieden antinationalsozialistischen Stellungnahmen forderten deshalb Hakenkreuzler wiederholt zu Attacken gegen den Bischof heraus.<sup>16</sup>

## Ein Charakterkopf innerhalb des Episkopats

Seine häufig ausgetragenen politischen Differenzen deuten bereits auf einen dominierenden Charakterzug Gföllners hin. Der gebürtige Waizenkirchner war ein Prinzipienmensch. Er hatte klare Meinungen und sprach diese auch deutlich aus, ohne vor den Konsequenzen zurückzusehen.<sup>17</sup> Der Meinungsbildung ging aber stets ein sorgfältiges Abwägen der Argumente voraus. So pflegte der zweifach promovierte Gföllner Entscheidungen niemals während einer Unterredung zu treffen, sondern alleine, ohne Beratschlagung durch Vertrauenspersonen und erst nach reiflicher Überlegung. War er jedoch einmal zu einer Meinung gekommen, konnte man ihn nur schwer wieder davon abbringen.<sup>18</sup> In seiner Todesanzeige wurde diese Eigenschaft euphemistisch als „willensstarker“ Charakter beschrieben.<sup>19</sup> Von dieser „Willensstärke“ legte auch seine strenge Selbstdisziplin Zeugnis ab. Der Alltag des persönlich sehr bescheidenen und anspruchslosen Oberhirten war klar strukturiert und verlief „nach einer eisernen Ordnung“. Selbst der Umgang mit seiner Schwester, die mit ihm in einer Hausgemeinschaft lebte, war zeitlich genau geregelt. „Er frühstückte bei ihr und kam auch abends noch einmal zu ihr, Schlag 20.45 Uhr zog er sich zurück.“<sup>20</sup> Zu der Willenskraft trat eine für seine Umwelt auch nicht immer einfach zu handhabende Penibilität. Diese wurde von ihm oftmals zum Leidwesen seines Diözesanklerus bei der Überwachung der Einhaltung kirchlicher Verordnungen ausgelebt. Disziplinäre Verstöße verfolgte der Bistumsleiter hart. Gleichzeitig konnte er aber bei ehrlicher Reue großmütig verzeihen.<sup>21</sup> Auf die hierarchische Stellung eines Priesters nahm er dabei keine Rücksicht. Landesrat Ernst Hirsch machte er beispielsweise nach einer gemeinsamen Zugfahrt brieflich darauf auf-

---

<sup>16</sup> Vgl. Zinnhobler: Seine Auseinandersetzung 58

<sup>17</sup> Vgl. Weinzierl: Episkopat 51

<sup>18</sup> Vgl. Knopp: Nachruf 57

<sup>19</sup> Weinzierl: Episkopat 24

<sup>20</sup> Knopp: Nachruf 57

<sup>21</sup> Vgl. ebd. 60

merksam, dass sein „kurzer, nicht bis zu den Knien reichender Gehrock“ gegen die Kleidervorschrift für den Klerus verstieße. Er bat diesen Hinweis aber „keineswegs als Tadel, sondern lediglich als eine gut gemeinte väterliche Erinnerung aufzufassen, die [ihm seine] Stellung als Oberhirte nahelegt.“<sup>22</sup> Diesen teilweise schon von Katholiken übertrieben empfundenen Kampf gegen den vermeintlichen Sittenverfall versuchte er auch außerhalb seiner Diözese zu führen. Im Jahr 1926 erließ der Episkopat auf Betreiben Gföllners „Katholische Leitsätze und Weisungen zu verschiedenen modernen Sittlichkeitsfragen“, deren vereinzelte Bestimmungen bezüglich Jugendwandern und moderner Tänze selbst der spätere St. Pölterer Bischof Michael Memelauer (1874–1961) „als in mancher Hinsicht zu hart beurteilt hatte.“<sup>23</sup> Ungeachtet seiner sehr strengen und konservativen Auslegung kirchlicher Verordnungen galt er innerhalb des Episkopates als einer der besten Kenner des kirchlichen Rechtsgebäudes, der bei Bischofskonferenzen regelmäßig über die neuesten römischen Erlässe referierte.<sup>24</sup> Seine Fachkenntnisse waren das Ergebnis eines freizeithlichen Studiums kirchenrechtlicher Texte. Hierher resultierte auch seine „stauenswerte Sicherheit in grundsätzlichen Entscheidungen.“<sup>25</sup> Alles zusammen ergab eine streitbare Persönlichkeit mit starkem Profil, die wohl zu recht als „Charakterkopf“ (Josef Knopp) bezeichnet werden kann, aber gewiss nicht dazu bestimmt war, vom Klerus und den Gläubigen geliebt, wenn aber respektiert zu werden. Zu einem ähnlichen Urteil gelangte auch der Apostolische Nuntius Enrico Sibia (1861-1948), der Gföllner als einen hervorragenden, wenn auch sehr strengen Oberhirten charakterisierte. („... é veramente un uomo egregio ... è inoltre considerato di carattere talmente severo e rigoroso che parecchi del laicato cattolico e del Clero di Linz non gli sono favorevoli.“<sup>26</sup>). In diesem selbstbewussten Auftreten gegenüber seinen Diözesanen spiegelt sich unverkennbar sein Amtsverständnis wider. Gföllner hatte eine sehr hohe Auffassung von seinem Amt. Bereits in seinen ersten Grußworten an den Klerus strich er die bischöfliche Autorität auffallend hervor. Unter Berufung auf die Heilige Schrift,

<sup>22</sup> OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol.: Bischof Johannes M. Gföllner an Ernst Hirsch, 30. September 1932

<sup>23</sup> Weinzierl: Episkopat 43

<sup>24</sup> Vgl. DAL, Bi-A/9, Sch. 5, Fasz.10 c/6, o. fol.: Protokoll der Konferenz 1929

<sup>25</sup> Knopp: Nachruf 57

<sup>26</sup> Eigene Übersetzung: „...er ist wirklich ein vortrefflicher Mann ... er wird außerdem für einen Mann von strengem und rigorosem Charakter gehalten, weshalb ihm einige Laien und Kleriker der Diözese Linz nicht wohlwollend gegenüberstehen.“ AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 39vf. Z. 13792/618, Nuntiaturbericht, 11. Mai 1932

fühlte er sich als Oberhirte von Gott „zum Fürsten über sein Erbe gesalbt“ (2 Kön 10,1), dem es bestimmt sei, „die Herde seines Volkes zu weiden“ (2 Kön 5,2).<sup>27</sup>

## Ein Musterschüler Roms?

Neueste, auf vatikanischen Dokumenten beruhende Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass der Heilige Stuhl an der Beseitigung des demokratischen Systems in Österreich indirekt mitgewirkt hat.<sup>28</sup> Dies wirft die Frage auf, inwieweit die Bischöfe in diese vatikanische Unternehmung involviert waren. Die vorliegende Untersuchung stellt somit den Versuch dar, durch Einbeziehung der vatikanischen Perspektive, die oben bereits skizzierten politischen Auseinandersetzungen des Linzer Bischofs insbesondere aber sein Verhältnis zum Ständestaat in einem neuen Licht erscheinen zu lassen. Dass dieser Aspekt eine sinnvolle Bereicherung des Forschungsstandes bedeuten kann, darf aus der stets offen bekundeten Loyalität Gföllners gegenüber der Tiara erwartet werden. „Semper prope Romam“ galt neben „Haec est victoria, quae vincit mundum, fides nostra“ als sein zweiter Wahlspruch.<sup>29</sup> Dieser ausgeprägte römische Geist („... chiaro spirito romano ...“) brachte den bereits 65-Jährigen sogar ins Gespräch für die Nachfolge des 1932 verstorbenen Wiener Erzbischofs Kardinal Friedrich G. Piffls (1864-1932).<sup>30</sup> Der frühere Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani (1871-1951), wegen seiner guten Österreichkenntnisse im Bestellungsverfahren konsultiert, machte der Kurie den Linzer als seiner Meinung nach geeignetsten Kandidaten namhaft: „... il migliore candidato per Vienna sia il Vescovo di Linz Mons. Giovanni Gfoellner, sia per il suo spirito veramento romano, sia per lo conoscenza che egli ha dell'archidiocesi di Vienna, attesa la vicinanza di Linz alla capitale.“<sup>31</sup> Die

<sup>27</sup> Zinnhobler: Seine Auseinandersetzung 55

<sup>28</sup> Vgl. Klieber, Rupert: Die moralische und politische Schützenhilfe des Hl. Stuhls für den „Staatsumbau“ Österreichs 1933/34 im Lichte vatikanischer Quellenbestände. In: Römische Historische Mitteilungen 54 (2012) 561

<sup>29</sup> Knopp: Nachruf 60

<sup>30</sup> Vgl. AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 47r: Z. 1334/32, Pareri dell'Emo Signor Card. Marchetti Selvaggiani e del R.mo P. Generale dei Gesuiti.

<sup>31</sup> Eigene Übersetzung: „...der beste Kandidat für Wien ist der Bischof von Linz, Mons. Johannes Gföllner, sei es aufgrund seines wahrlichen römischen Geistes oder aufgrund seiner Kenntnisse über die Erzdiözese Wien aufgrund der Nähe von Linz zur Hauptstadt.“ Ebd. fol. 45r: Notiz von „Sac. M. Silvani“, 19. Mai 1932.

tiefe emotionale Verbundenheit mit Rom geht auf Gföllners Studienzeit am deutschen Jesuitenkolleg, dem *Collegium Germanicum*, zurück. Gerne gedachte er der dort genossenen Ausbildung, die er in seinem geistlichen Testament als „die größte äußere Gnade seines Lebens“ beschrieb.<sup>32</sup> Die Absolventen dieser geistlichen Kaderschmiede waren in der katholischen Hierarchie für die höheren Weihen bestimmt. Gföllners fachliche Qualifikation war auch bei seiner Bestellung für die zuständigen staatlichen Stellen ausschlaggebend. Das der Ernennung durch den Kaiser zugrundeliegende Gutachten des Kultusministeriums beurteilte den Oberösterreicher ungeachtet „seiner streng kirchlichen Gesinnung“ als „den nach Begabung, allgemeiner Bildung und Fachwissen Hervorragendsten“ unter den Anwärtern für das vakante Linzer Bischofsamt.<sup>33</sup> Auch von den im Vorfeld kontaktierten vatikanischen Behörden lagen keine Einwände gegen den Alumnus des *Germanicum*s vor. Im Gegenteil: Den staatlichen Stellen wurde signalisiert, dass „dieser Kandidat der päpstlichen Kurie genehm wäre.“<sup>34</sup> Der Heilige Stuhl hatte allen Grund für eine solche Einschätzung. Gföllner erwies sich als wahrer Musterschüler eines Bischofs. Römische Vorgaben wurden in der Diözese Linz auf Punkt und Beistrich umgesetzt. Als es etwa darum ging, den Lehrplan des Theologiestudiums an den katholischen Fakultäten entsprechend des *Codex Iuris Canonici* (Can. 1365) umzugestalten<sup>35</sup>, gab es sowohl vonseiten staatlicher Stellen als auch der anderen österreichischen Bischöfe Widerstände gegen diese römische Vorgabe.<sup>36</sup> Stein des Anstoßes war die mit der Lehrplanumstel-

<sup>32</sup> Knopp: Nachruf 59.

<sup>33</sup> HHStA, Kabinettsarchiv, Kabinettskanzlei Vorträge, Z. 780/1916, Bl. 2. Kultusminister Hussarek stützte sich hier auf die Einschätzung des oberösterreichischen Statthalters Erasmus von Handel, der mit der Namhaftmachung geeigneter Priester beauftragt wurde. Neben Gföllner wurden dem Kultusminister vom Statthalter, der sich seinerseits bei den Bischöfen Johannes B. Rößler und Friedrich G. Piffl beraten ließ, in nachstehender Reihenfolge der Wiener Weihbischof Josef Pfluger, der Petrinumsdirektor Dr. Johann Zöchbauer, Domherr Balthasar Scherndl und der langjährige Rektor des Nationalinstituts St. Maria dell'Anima in Rom, Dr. Josef Lohninger, genannt. Dass schließlich der letztgereichte Kandidat zum Zug kam, hatte vorrangig politische Gründe. Gföllner war der Kandidat des Statthalters und wurde auch von Landeshauptmann Johann N. Hauser unterstützt. Vgl. Lenzenweger, Josef: Johannes Maria Gföllner wird Bischof von Linz (1915). In: Bruno Primetshofer zum 60. Geburtstag (Österreichisches Archiv für Kirchenrecht 38, Wien 1989) 244–252.

<sup>34</sup> HHStA, Kabinettsarchiv, Kabinettskanzlei Vorträge, Z. 780/1916, Bl. 4.

<sup>35</sup> Vgl. Kovács, Elisabeth: Studien und Strukturen im Wandel 1884–1938. In: Suttner, Ernst Christoph (Hg.): Die Kath.-Theologische Fakultät der Universität Wien 1884–1984 (Berlin 1984) 337f.

<sup>36</sup> Vgl. DAL, Bi-A/9, Sch. 5, Fasz. 10 c/7, o. fol.: Protokoll Bischofskonferenz 1930. Ein vehementer Gegner dieser Studienreform war der Grazer Bischof Ferdinand Pawlikowski. Seine Kritik fand besonders der Umstand, dass nicht einmal an päpstlichen Universitäten

lung einhergehende Verlängerung der Studiendauer auf sechs Jahre. Das kirchliche Gesetzbuch forderte verpflichtend eine zweijährige philosophische Ausbildung, an die ein vierjähriger theologischer Kurs anschließen sollte. Außerdem waren die theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten und die kirchlichen Hauslehranstalten durch diese Reform vor die Aufgabe gestellt, ihre unterschiedlichen Lehrfächer und Lehrpläne zu vereinheitlichen.<sup>37</sup> Die österreichischen Bischöfe befürchteten durch diese Studienreform in erster Linie höhere Kosten infolge der Aufstockung der Priesterseminare und einen kurzfristigen Priestermangel, da ja ein Jahrgang ausgesetzt werden musste.<sup>38</sup> Um dies zu verhindern, entwickelten manche Bischöfe sehr kreative Lösungsvorschläge. So wollte etwa der Grazer Bischof ein Studienjahr des verpflichtenden zweijährigen philosophischen Kurses in einen Privatkurs „auslagern“.<sup>39</sup> Angedacht wurde auch die Möglichkeit, die philosophischen Fächer in den Gymnasiallehrplan zu überführen. Die Bemühungen, den Wünschen Roms zu entsprechen und zugleich die Republik Österreich finanziell nicht zu belasten, erbrachten 1923 den von der Bischofskonferenz, den Theologieprofessoren und der Dekanskonferenz ausgearbeiteten Kompromiss eines fünfjährigen Theologiestudiums.<sup>40</sup> Die in Rom zuständige Seminarkongregation sah darin jedoch lediglich ein Provisorium und drängte weiterhin auf eine dem kirchlichen Gesetzbuch entsprechende Lösung. Nur sehr schleppend und sämtliche Fristverlängerungen ausreizend verlief in weiterer Folge die Umsetzung der von Rom angestrebten Curriculumsreform.<sup>41</sup> Einzig in der Diözese Linz konnte mit dem Studienjahr 1930/31 das sechsjährige Theologiestudium begonnen werden.<sup>42</sup> Dies ließ die Einwände der ande-

---

ein sechsjähriges Theologiestudium vorgesehen sei. An Kardinal Piffl gerichtet meinte er: „Nach dem neuen Wunsch des Apostolischen Stuhles müssten unsere Geistlichen um zwei Jahre länger studieren als in Rom.“ DAG, Ordinariatsakten-Altbestand, Theologische Studien 1908–1952, Fasz. Theologische Studien 1935–1952, o. fol.: Bischof Ferdinand Pawlikowski an Kardinal Friedrich G. Piffl, 12. März 1930

<sup>37</sup> Vgl. Kovács: Studien 334–338

<sup>38</sup> Vgl. Linzer Diözesanblatt (1932) 54

<sup>39</sup> Vgl. DAG, Nachlass Bischof Ferd. Pawlikowski, Sch. 25, Heft 464, o. fol.: Bischof Ferdinand Pawlikowski an Bischof Michael Memelauer, 30. September 1930

<sup>40</sup> Vgl. Kovács: Studien 335f.

<sup>41</sup> Im Jahr 1929 legten die österreichischen Bischöfe in einer gemeinsamen Audienz die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der römischen Vorgaben im Hinblick auf die Verlängerung des Studiums dar. Pius XI. bestand jedoch darauf, dass mit dem Studienjahr 1930/31 die Reformen umgesetzt werden mussten. Vgl. Linzer Diözesanblatt (1932) 53f.

<sup>42</sup> Zur genauen Umsetzung und Finanzierung siehe Linzer Diözesanblatt (1932) 55

ren Oberhirten verständlicherweise wenig glaubwürdig erscheinen. Dementsprechend groß war auch ihr Missmut über den Linzer Sonderweg.<sup>43</sup>

## Spannungen im Episkopat

Das war nicht das erste Mal, dass der Oberösterreicher innerhalb des Episkopats oppositionelle Standpunkte einnahm. Speziell sein Verhältnis zu Kardinal Theodor Innitzer (1875-1955) war seit Beginn an von Meinungsverschiedenheiten begleitet.<sup>44</sup> Erste Spannungen traten schon kurz nach Innitzers Amtsantritt im Jahr 1932 ein. Gföllner sprach sich bei der im Juni desselben Jahres stattfindenden Bischofskonferenz gegen die Abhaltung eines allgemeinen deutschen Katholikentages in Wien aus, für die das Wiener Ordinariat noch unter Kardinal Piffl ein Votum der Mitbrüder erbeten hatte. Theodor Innitzer war hingegen ein Befürworter dieser Veranstaltung und erklärte bei der Herbstkonferenz, an der er erstmals als Wiener Erzbischof teilnahm, dass die Abhaltung des Katholikentages im Jahr 1933 bereits feststehe und „allgemein freudigst begrüßt werde“, und stellte Gföllner dadurch vor vollendete Tatsachen.<sup>45</sup>

Eine schwerwiegendere Auseinandersetzung hatte Innitzer mit seinem Suffragan Gföllner betreffend den kirchlichen Einfluss auf die Jugendorganisation im Ständestaat. Unmittelbar nach Inkrafttreten der Maiverfassung begann zwischen den verschiedenen Einflussphären ein heißer Kampf um die Organisation der staatlichen Jugendziehung. Sowohl Vaterländische Front, Heimwehren und Katholische Kirche erhoben einen Führungsanspruch. Obwohl das Konkordat in dieser Frage eindeutig war – dieses garantierte allen katholischen Jugendverbänden, die in die Katholische Aktion integriert waren<sup>46</sup>, die volle Wahrung ihrer Unabhängigkeit –,

<sup>43</sup> Vgl. DAW, Bischofsakten Innitzer, Kassette 9, Fasz. 3, o. fol.: Bischof Michael Memelauer an Kardinal Theodor Innitzer, 3. Juni 1933

<sup>44</sup> Man könnte hier schon fast von einem traditionellen Linz-Wien-Konflikt sprechen. Bereits Innitzers Vorgänger Kardinal Piffl hatte nach Einschätzung des Wiener Nuntius Enrico Sabilia kein gutes Auskommen mit dem Linzer Kollegen. Der Nuntius stellte bei aller Hochachtung für den Oberösterreicher („uomo egregio“) eine feindselige Haltung gegenüber Piffl fest: „[Gföllner] fu animato da un certo spirito di critica, così vivace, verso l'Emmo. Piffl, da avergli alienato molta simpatia nel Clero viennese“. AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 39v: Z. 13792/618, Nuntiataturbericht, 11. Mai 1932

<sup>45</sup> Vgl. Weinzierl: Episkopat 34

<sup>46</sup> Zur Organisation der Katholischen Aktion in der Diözese Linz siehe Klostermann, Ferdinand: Das organisierte Apostolat der Laien und die Katholische Aktion. In: Klostermann, Ferdinand u. a. (Hg.): Kirche in Österreich. 1918–1965 II (Wien 1967) 119–120

stellte das Ständestaatregime ab 1935 die Weichen für eine Einheitsstaatsjugend.<sup>47</sup> Das widersprach aus der Sicht der Bischöfe zudem einer bereits von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (1892-1934) gemachten, und später von Kurt Schuschnigg (1897-1977) wiederholten Zusage, die bischöflichen Wünsche in der Frage der Jugenderziehung respektieren zu wollen. Daraufhin entschied der Episkopat auf Antrag Linz, eine „Denkschrift über vaterländische Jugenderziehung an das Bundesministerium für Unterricht“ zu richten.<sup>48</sup> In dem bischöflichen Papier, das aufgrund seiner deutlichen Worte unverkennbar die Handschrift Gföllners trug, wurde „in aller Offenheit darauf hingewiesen, daß gewisse Gefahrenmomente für Einbürgerung faschistischer Ideen nach italienischem Muster bestehen und immer mehr an die Oberfläche treten.“ Im Hinblick auf die italienischen *Balilla*-Verbände stellte das Schreiben weiters fest: „für unsere Verhältnisse kommt der Faschismus als ‚Importware‘ nicht in Betracht, ja muß in seiner Grundlage des absolutistischen Totalitätsstaates entschieden abgelehnt werden.“<sup>49</sup>

Trotz vereinzelter Verhandlungsfortschritte wollte das Regime jedoch nicht davon abrücken, alle Jugendverbände unter eine einheitliche Dachorganisation zu stellen.<sup>50</sup> Weiterhin bestand Uneinigkeit bei der Frage nach der obersten Leitung. Gföllner beharrte auf einem „Führerrat“, während die staatlichen Stellen die Zuständigkeit bei einer einzigen Person sehen wollten. Innitzer drängte deshalb seinen Amtskollegen, „nicht auf dem extremen Standpunkt zu bleiben, sondern die bei der früheren Besprechung getroffenen Vereinbarungen zu belassen.“ Denn für Innitzer war die „Unterstellung unter einen gemeinsamen Führer ... nur eine theoret. Frage. In religiösen Belangen werden wir die Führung haben, in den

---

<sup>47</sup> Bereits Erika Weinzierl hat darauf hingewiesen, dass das österreichische Konkordat von seinen Gegnern „in seinem juristischen Gehalt überschätzt wurde“, was vorrangig daran lag, dass diese von der Mitgestaltung ausgeschlossen wurden. Ein weiterer Grund für negative Beurteilung des Konkordats liegt darin, dass es nach der Unterzeichnung noch zu einer Änderung des Vertragstextes gekommen ist. Treibende Kraft dieser Überarbeitung war Staatssekretär Eugenio Pacelli. „Dass gerade im Bürgerkriegsmonat Februar die Neuverhandlungen ins Rollen gebracht wurden und der Weg des Konkordats mit dem Weg autoritärer Etablierung gerade auf dieser Etappe ident war, trägt weiter dazu bei, das Konkordat mit autoritären Bestrebungen in Verbindung zu bringen.“ Schima: Konkordat 45

<sup>48</sup> Vgl. Weinzierl: Episkopat 36

<sup>49</sup> Zit. nach Weinzierl: Episkopat 36

<sup>50</sup> Vgl. Pammer, Thomas: V.F.-Werk „Österreichisches Jungvolk“. Geschichte und Aspekte der staatlichen Organisierung der Jugend im Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933–1938 (Dipl.-Arb. Univ. Wien 2011) 20–38

anderen soll der Führer die Weisung geben.“<sup>51</sup> Gföllner wollte es jedoch nicht akzeptieren, dass kirchliche Jugendverbände – zumindest die oberösterreichischen – unter staatlicher Autorität stehen sollten. Angesichts der dominanten Stellung der Heimwehren im Ständestaat, befürchtete er eine faschistische Besetzung dieser Position. Ausschlaggebend für Gföllners starre Haltung mag ein Vorfall in Oberösterreich gewesen sein, wo der oberösterreichische *Jung-Vaterland*-Führer in einer Ansprache vor der Schuljugend „offen den Faschismus gepriesen“ haben soll. Daraufhin drohte der Bischof bei einem sich wiederholenden Zwischenfall, die Verbände seiner Diözese aus der Arbeitsgemeinschaft abzuziehen. Dieses undiplomatische Vorgehen heizte den latenten Konflikt mit Wien, das einen entgegenkommenderen Standpunkt einnahm, neuerlich an.<sup>52</sup>

In einem an alle österreichischen Bischöfe gerichteten Rundschreiben ließ Innitzer seinen Ärger über den eigensinnigen Amtskollegen freien Lauf. Darin hieß es, dass er „mit den Verhandlungen, die Exz. Gföllner in Sachen der Staatsjugendfrage führt, nicht einverstanden sein kann.“ Für besonders kontraproduktiv hielt er Gföllners erneutes Thematisieren des Faschismus bei den Verhandlungen. Bezugnehmend auf den gerade in Wien weilenden Bischof Alois Hudal, „[...] dessen gute Beziehungen zum Vatikan bekannt sind [...] und sich in vielen Gesprächen voll und ganz für den Faschismus einsetzt“, erklärte der Erzbischof, dass eine endgültige Beurteilung des Faschismus – nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen innerkirchlichen Einschätzungen – zu diesem Zeitpunkt noch schwer fällt. Aus diesem Grund riet er zu mehr Pragmatismus und dazu, lehramtliche Fragen vorerst hintanzustellen: „Da wir nicht päpstlicher als Rom sein können, muss ich bitten, diese Frage in den schwierigen Verhandlungen nicht zu berühren.“<sup>53</sup>

Gföllner bot daraufhin an, das ihm von der Bischofskonferenz übertragene Verhandlungsmandat zurückzulegen<sup>54</sup>, was von Innitzer tatsächlich angenommen wurde.<sup>55</sup> An seinen Überzeugungen, dass die kirchlichen Ju-

<sup>51</sup> DAL, Bi-A9, Sch. 2, Fasz. 4c, o. fol.: Kardinal Theodor Innitzer an Bischof Johannes M. Gföllner, 10. April 1936

<sup>52</sup> Vgl. Pammer: V.F.-Werk 38

<sup>53</sup> DAL, Bi-A9, Sch. 2, Fasz. 4c, o. fol.: Kardinal Theodor Innitzer an Bischof Johannes M. Gföllner, am 5. Mai 1936 in Linz eingelangt

<sup>54</sup> Vgl. ebd.

<sup>55</sup> Vgl. ebd. o. fol.: Kardinal Theodor Innitzer an Bischof Johannes M. Gföllner, 11. Mai 1936

gendverbände vor dem Einfluss eines möglicherweise faschistischen Staates geschützt werden müssten, hielt er jedoch weiterhin fest.

„Wenn sodann Ew. Eminenz [Theodor Innitzer] meinen, wir brauchten bezüglich des Faschismus nicht päpstlicher als Rom zu sein, so ist dies allerdings in dem Sinne richtig, daß kein Bischof etwas verbieten oder beanstanden darf, was der Papst oder Apostolische Stuhl positiv erlaubt oder gebilligt hat, nicht aber in dem Sinne, daß es einem einzelnen Bischof verwehrt ist, Einwenden [sic!] zu erheben oder auch Verurteilungen vorzunehmen, bevor Rom gesprochen hat; letzteres liegt im Wesen des *magisterium ordinarium* der Kirche, das den Bischöfen zusteht, wenn sie auch hiefür keine Unfehlbarkeit beanspruchen können. So hat bisher Rom keine formelle Verurteilung des Nationalsozialismus ausgesprochen, und dennoch haben die deutschen Bischöfe schon lange vor 1933 die Irrtümer des Nationalsozialismus verurteilt; waren sie deshalb päpstlicher als Rom? Auch ich und später alle österreichischen Bischöfe (Weihnachten 1933) haben den Nationalsozialismus verurteilt; waren wir deshalb päpstlicher als Rom? Und endlich haben 1934 sämtliche holländische Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenbrief den Faschismus offen abgelehnt; waren sie deshalb päpstlicher als Rom? Wenn daher ‘ein römischer Bischof, dessen gute Beziehungen zum Vatikan bekannt sind, in Wien sich in vielen Gesprächen voll und ganz für den Faschismus einsetzte‘, so gibt er dadurch keineswegs die offizielle Auffassung des Vatikans wider, sondern vertritt lediglich seine private Auffassung, die keineswegs die Auffassung anderer Bischöfe sein muß, die vielmehr das Recht behalten, auch anderer Auffassung zu sein, solange Rom nicht gesprochen hat. Am allerwenigsten aber geht es an, sich in Österreich als Landesführer von Jung-Vaterland das Recht anzumaßen, der gesamten Jugend den Faschismus als politisches Ideal aufdrängen zu wollen und es gleichsam als Programm der Jugendorganisationen zu proklamieren.“<sup>56</sup>

Diese gar heftige Reaktion galt nicht bloß Innitzers Bereitschaft, dem Regime Konzessionen machen zu wollen, sondern seiner grundsätzlichen Haltung gegenüber dem Faschismus, die er, bestärkt durch „einen römischen Bischof, dessen gute Beziehungen zum Vatikan bekannt sind“, auch noch in Einklang mit Rom glaubte. Gföllner, der um die nationale Gesinnung Innitzers wusste, war wohl besorgt, der Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz könnte sich ebenfalls zu einem „Brückenbauer“

---

<sup>56</sup> DASP, Memelauer, Schl. 1, Fasz. Bischofskonferenz 1936, Bischof Johannes M. Gföllner an Kardinal Theodor Innitzer, 14. Mai 1936

entwickeln. Denn es war kein Geheimnis, dass sich hinter dieser Formulierung Alois Hudal (1885-1963), der Rektor der „Deutschen Nationalstiftung“ Santa Maria dell’Anima in Rom, verbarg. Hudal beriet angesichts der widersprüchlichen kirchlichen Reaktionen auf das Reichskonkordat in Österreich und Deutschland den Heiligen Stuhl zunächst bei der Suche nach einer einheitlichen Linie gegenüber dem Nationalsozialismus. Zunehmend Gefallen an dieser Vermittlerrolle findend verschrieb er sich schließlich der Mission, die nationalsozialistische Bewegung von ihren „häretischen“ Elementen reinigen und mit der katholischen Kirche versöhnen zu wollen. Sein im Herbst 1936 publiziertes „Versöhnungswerk“ spaltete aber das katholische Lager.<sup>57</sup> Bei der Herbstkonferenz 1936 stellte Sigismund Waitz (1864-1941) den Antrag, einheitlich gegen Hudals Buch „Die Grundlagen des Nationalsozialismus“ aufzutreten. Dieser Vorstoß erzielte wahrscheinlich aufgrund der Gegenstimmen aus Wien und Klagenfurt keine Einstimmigkeit, weshalb es jedem Bischof selbst überlassen bleiben sollte, diesbezüglich Stellung zu beziehen. Vorab sollte aber noch in einer halboffiziellen Anfrage – wohl wegen Hudals guter Beziehungen – in Erfahrung gebracht werden, wie man in der Kurie zu diesen Ideen stand.<sup>58</sup> Auf die vielfache Kritik seines Buches – auch in Form von Anzeigen beim Heiligen Stuhl – reagierte der Anima-Rektor beleidigt und verärgert. Namentlich bezichtigte er die Bischöfe Gföllner und Waitz, sein Buch bei der Kurie angezeigt zu haben („... questa é null’altro che il lavoro dei Vescovi di Linz e Salisburgo, i quali con il loro metodo di agire dietro le spalle ...“<sup>59</sup>). In einer für das Staatssekretariat bestimmten Richttstellung schoss er scharf gegen die vermeintlichen Denunzianten. Unter anderem warf er ihnen vor, die anderen Bischöfe mit ihren ständigen Querschüssen zu terrorisieren und so die Eintracht im Episkopat zu zerstören („... disturbare il fronte unitario dell’episcopato“ bzw. „terrorizzare

<sup>57</sup> Klieber, Rupert: Der Grazer Diözesane und Anima-Rektor Alois Hudal (1885–1963) und seine Verortung im österreichischen Katholizismus der Jahre 1900 bis 1950. In: Tagungsband für das Internationale Symposium in Rom „Bischof Alois Hudal (1885-1963)“ (Wissenschaftliches Kolloquium aus Anlass der Öffnung des Hudal-Archivs im Archiv des Kollegiums Santa Maria dell’Anima“ am 6. und 7. Oktober 2006, im Druck) 16–22

<sup>58</sup> Vgl. Weinzierl: Episkopat 36

<sup>59</sup> Eigene Übersetzung: „... das ist nichts weiter als das Werk der Bischöfe von Linz und Salzburg, die entsprechend ihrer Art hinterrücks agieren...“ AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 903-904 P.O., Fasz. 64 („Caso Hudal“), fol. 27-28: Brief Alois Hudals an eine ungenannte „Eccellenza“ (wohl Erzbischof Pizzardo), Rom 1. Jänner 1937. Zit. nach Klieber: Diözesane 22

gli altri Vescoi ...<sup>60</sup>). Als Konsequenz legt Hudal daraufhin die Führung der römischen Agenden für die Diözesen Salzburg und Linz nieder.<sup>61</sup> Obwohl die beiden Exzellenzen bestritten, jemals eine solche Eingabe nach Rom gemacht zu haben, war ihnen Hudals Annäherung an den Nationalsozialismus ein Dorn im Auge, da „das Buch in Österreich verwirrend wirken muss und geradezu schadet.“<sup>62</sup>

Ernsthaft zerrüttet wurde das persönliche Verhältnis zwischen Innitzer und Gföllner letztlich aber, als die internen Querelen bis an die Kurie vordrangen.<sup>63</sup> Offen bezichtigte Innitzer sofort den Linzer Bischof dieser Indiskretion, die er „als unfreundlichen Akt betrachten“ wollte.<sup>64</sup> Als Indiz für seine Annahme dienten ihm die Eindrücke des Salzburger und Grazer Amtskollegen aus einer Audienz im Staatssekretariat.

„Als Exz. Eb. Waitz und Fb. Pawlikowski im Mai in Rom waren, fragte sie Eminenz Pacelli sofort, was für Differenzen bezüglich der Jugendorg. zwischen Linz und Wien bestünden, und nannten Einzelheiten, daß beide erkannten, Em. Pacelli sei im Besitz der beiden Dokumente. Und Exz. Pizzardo fragte unseren Grazer Kollegen, wer dieser römische Bischof sei, der in Wien den Faschismus gelobt habe. Woher können beide Herren dieses wissen? – Ich glaube, da ist meine Schlussfolgerung kein freventlicher Argwohn. Wenn Exz. am Schluß bemerken, das tue wehe, so ist es mir leid. Aber mir hat früher etwas sehr wehe getan und allen österr. Bischöfen tat es leid – Ihr Schreiben nach Rom, das meine Schritte bezüglich einer anderen Regelung des 6jähr. theol. Studiums des Erfolges bebraute! – Wenn alles und jedes, was unter den Bischöfen verhandelt wird, unmittelbar vor das römische Forum geleitet wird, ist eine offene Aussprache nicht mehr möglich.“<sup>65</sup>

Ein Schreiben von Staatssekretär Pacelli an den Linzer Bischof vom 28. Jänner 1936 scheint den Vorwürfen Innitzers auf den ersten Blick tatsächlich Recht zu geben. Aus diesem geht hervor, dass Gföllner der Kurie seine Bedenken betreffend die geplante Gleichschaltung der österreichi-

<sup>60</sup> Eigene Übersetzung: „...die einheitliche Linie des Episkopats zu stören“ bzw. „die anderen Bischöfe zu terrorisieren...“ Zit. nach Valvo, Paulo: *Dio salvi l’Austria! 1938, il Vaticano e l’Anschluss* (Milano 2010) 133

<sup>61</sup> Vgl. Weinzierl: *Episkopat* 36

<sup>62</sup> DAL, Bi-A/9, Sch. 5, Fasz. 10c/13, o. fol.: Erzbischof Sigismund Waitz an Bischof Johannes M. Gföllner, 10. Dezember 1936

<sup>63</sup> Vgl. Weinzierl: *Episkopat* 32–40

<sup>64</sup> DAL, Bi-A9, Sch. 2, Fasz. 4c, o. fol.: Kardinal Theodor Innitzer an Bischof Johannes M. Gföllner, 5. Juni 1936

<sup>65</sup> Ebd.: Kardinal Theodor Innitzer an Bischof Johannes M. Gföllner, 10. Juni 1936

schen Jugendorganisationen nach faschistischem Vorbild mitgeteilt haben muss. Allerdings lässt sich daraus nicht ablesen, ob er auch die Meinungsverschiedenheiten mit Wien erwähnt hatte. Viel eher erweckt es dein Eindruck, als ob sich Gföllner davon lediglich eine Orientierungshilfe für seine Verhandlungen mit den staatlichen Stellen versprochen hatte. In diesem Fall musste das Schreiben ernüchternd für ihn gewesen sein. Denn das Staatssekretariat würdigte darin zwar seine Verdienste um die Lösung der Jugendfrage, rief aber gleichzeitig zu mehr Vertrauen in die staatliche Führung auf!

„Und da er [der Papst] weiß, von welcher edlen Gesinnungen der Ergebenheit gegen die Kirche jene Männer beseelt sind, die gegenwärtig im Staat an der Regierung sind, zweifelt er nicht, daß die Gesichtspunkte und Wünsche des Episkopates die günstigste Aufnahme finden werden.“<sup>66</sup>

Innitzer tat seinem Suffragan mit der erhobenen Unterstellung aber dennoch unrecht. Es stellte sich nämlich heraus, dass der Streit aus Versehen durch Bischof Pawlikowski bis nach Rom gedungen war, woraufhin Innitzer seinen Vorwurf, Gföllner würde vertrauliche Inhalte der Bischofskonferenzen nach Rom weiterleiten, zurückzog.<sup>67</sup> Auch im Falle des erneut aufflammenden Konfliktes betreffend die Studienreform konnte Gföllner für Aufklärung sorgen. Hier versicherte der Linzer Oberhirte, die Umsetzungspläne eines sechsjährigen Theologiestudiums seiner Diözese nicht von sich aus nach Rom weitergegeben zu haben, sondern von der Studienkongregation offiziell angefragt worden zu sein.

„Konnte ich da ablehnen? Kein Bischof hätte dies tun können und getan, meine ich. Ich antworte also und vertrat allerdings meinen, schon in der Konferenz vertretenen Standpunkt. War dies illoyal? Ich bereue es nicht im geringsten, einem amtlichen Auftrag einer römischen Kongregation Folge geleitet und meine Anschauungen offen dargelegt zu haben.“<sup>68</sup>

<sup>66</sup> DAL, Bi-A9, Sch. 2, Fasz. 4c, o. fol.: Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli an Bischof Johannes M. Gföllner, 28. Jänner 1936. Auf den Verlauf der Verhandlungen nahm dieses Schreiben allerdings keinen Einfluss. Denn Gföllner legte das Schreiben offensichtlich nicht so aus, als dass es von Seite der Bischöfe ein Nachgeben geben sollte.

<sup>67</sup> Vgl. ebd. o. fol.: Kardinal Theodor Innitzer an Bischof Johannes M. Gföllner, 22. Juni 1936

<sup>68</sup> Ebd. o. fol.: Bischof Johannes M. Gföllner an Kardinal Theodor Innitzer, o. D.. Gleichzeitig betonte Gföllner aber: „Wenn, was ich ja nicht wissen und beweisen kann, meine Antwort tatsächlich zur Ablehnung des von Sr. Eminenz und den übrigen Mitgliedern des Episkopates vertretenen Standpunktes geführt haben sollte, so bereue ich auch dies nicht im geringsten, sondern freue mich im Interesse der Sache, der allein ich zu dienen habe.“

Mehr Grund zum Misstrauen lieferte Gföllner seinem Wiener Metropoliten in einem gleichzeitig ablaufenden Konflikt, der viel deutlicher ihre weltanschaulichen Differenzen offenlegte. Bei der außerordentlichen Frühjahrskonferenz war sich der Episkopat 1936 darüber einig, dass jeder Bischof selbst festlegen konnte, welche Vereine in die Katholische Aktion integriert werden sollten. Einen ähnlichen Konferenzbeschluss gab es zum umstrittenen „Bund Neuland“. Auch hier sollte es dem jeweiligen Ordinarius vorbehalten bleiben, über die Approbation von *Neuland* in der eigenen Diözese zu entscheiden. Dass sich die Bischofskonferenz zu keiner österreichweiten Beurteilung durchringen konnte, lag nicht zuletzt am Linzer Oberhirten, der schwerwiegende Vorbehalte gegenüber *Neuland* hatte. Beim *Bund Neuland* handelte es sich um eine katholische Jugendbewegung, die sich über die bestehenden Lagergrenzen hinweg für eine neue nationale Einheit stark machte. Ihre Vertreter erträumten „eine gesellschaftliche und nationale Wiedergeburt in einem neu zu konzipierenden Reich, dessen Konturen freilich umstritten blieben.“ Im religiösen Bereich setzte man „auf eine Abwendung von den Niederungen des demokratischen Parteienhaders hin zur Seelsorge und zum ‘Tatchristentum‘.“<sup>69</sup> Aufgrund dieser „ideologischen Flexibilität“ geriet die *Neuland*-Bewegung nicht nur bei ihren politischen Gegnern, wie dem Cartellverband und dem konservativen christlichsozialen Lager, sondern auch mit dem reaktionären Flügel der Kirche in Konflikt.<sup>70</sup> Den „Neuländern“ wurde zunächst Nähe zum Sozialismus, dann zum Nationalsozialismus vorgeworfen; hinzu kamen ihre Verbindungen zu der von Klosterneuburg ausgehenden liturgischen Reformbewegung, die die Kurie auf den Plan rief.<sup>71</sup> *Neuland* wurde der römischen Kirchenführung von Nuntius Enrico Sibilis in den schwärzesten Farben beschrieben.<sup>72</sup> In Bezug auf die katholische Gesinnung der Bewegung soll der Nuntius zu Jakob Fried (1885-1967), dem Direktor des katholischen Volksbundes in Wien, festgestellt

---

<sup>69</sup> Klieber, Rupert: Der volkscirchliche Riese und sein Erwachen zum Movimento Cattolico. Katholische Kirche und Katholizismus im alten und neuen Österreich bis 1938. In: Drobisch, Werner – Stauber, Reinhard – Tropper, Peter G. (Hg.): Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848–1938 (Wien 2007) 26

<sup>70</sup> Vgl. Behal, Brigitte: Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutsch-nationaler katholischer Eliten im Zeitraum 1930–1965. Ihr Weg und Wandel in diesen Jahren am Beispiel Dr. Anton Böhms, Dr. Theodor Veiters und ihrer katholischen und politischen Netzwerke (Diss. Univ. Wien 2009) 99

<sup>71</sup> Vgl. Gottsmann, Andreas: Archivbericht: „Finis Austriae“ im Archiv der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten (Affari Ecclesiastici Straordinarii). In: RHM 50 (2008) 548

<sup>72</sup> Vgl. Valvo: Dio 129

haben: „Diese Neuländer und ihre Führer sind wohl keine Häretiker. Sie stehen aber in einer Richtung und schauen in einer [sic!] Richtung, an deren Ende die Häresie ist.“<sup>73</sup> Als nun in Rom bekannt wurde, dass in der Erzdiözese Wien die besagte Organisation, der bisher die kirchliche Approbation entzogen war, nach einer gründlichen Überarbeitung der Statuten im Mai 1936 in die Katholische Aktion eingegliedert wurde, löste dies nachvollziehbare Verwunderung aus.<sup>74</sup> Um sich zusätzlich zum Urteil Sibillas ein detaillierteres Bild von der Sache machen zu können, wurde der Linzer Bischof am 3. Juli 1936 um eine Expertise gebeten.

Sein 15 Seiten zählender Bericht war eine regelrechte Anklageschrift.<sup>75</sup> Das Gutachten kritisierte neben der spirituellen Ausrichtung mitsamt seiner neuartigen liturgischen Konzeption – hier ortet Gföllner einen „förmlichen Übereifer u. reformatorischen Geist“, was sich in einer übertriebenen „christozentrischen Idee“ und der ablehnenden Haltung gegenüber Marienverehrung und Rosenkranzgebet zeigen würde – vor allem die Sympathiebezeugungen für sozialistische und nationalsozialistische Ideen, die starke Betonung des „Führertumes“ sowie die „schiefe Einstellung zur kirchlichen ‚Autorität‘“. Schon die Ursprünge der Bewegung, die für Gföllner über den christlich-deutschen Studentenbund Österreichs bis zum Protestantismus in Deutschland zurückreichten, waren für den Oberösterreicher äußerst suspekt. Höhepunkt seiner Kritik war jedoch die Aussage, wonach *Neuland* eine „Kirche in der Kirche“ oder „Staat im Staat“ sein möchte, weshalb er der Bewegung einen „separatistischen Charakter“ attestierte. Beim Wiener Klerus wären die „Neuländer“ aber nicht nur aufgrund ihres elitären Gehabes („Überheblichkeit und Geistesstolz wird ihnen nicht ohne Grund vorgeworfen.“) unbeliebt, sondern weil sie auch zunehmend nach Einfluss in sämtlichen kirchlichen Bereichen streben würden. Da die *Neuland*-Bewegung bereits auf andere österreichische Diözesen „übergreife“ – namentlich nannte er Fälle in den Bistümern Gurk und Linz – würde es durch die „offene Anerkennung und Förderung“ *Neulands* von Seite Innitzers „den einzelnen Bischöfen schwer, wenn nicht unmöglich gemacht, etwas dagegen zu tun.“ Zusammenfassend bezeichnete er die Bewegung augenblicklich als „die einzige inner-

<sup>73</sup> Loidl, Franz (Hg.): Einiges zu „Neuland“ (Arbeitskreis für kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte, Wiener katholische Akademie Miscellanea 48, Wien 1978) 28

<sup>74</sup> Behal: Kontinuitäten 100–101

<sup>75</sup> Vgl. Valvo: Dio 129 („La risposta...era un duro atto'accusa nei confronti del movimento viennese.“); AA.EE.SS, Austria-Ungheria, Pos. 881-882 P.O., Fasz. 43, fol. 34r-41r: Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 18. Juli 1936

kirchliche Gefahr in Österreich“. Aus diesem Grund und um einer zunehmenden „Spaltung“ des Wiener Klerus vorzubeugen, riet er dem Staatssekretariat „die ganze Bewegung ‚Neuland‘ in Österreich direkt [zu] verbieten u. zw. je eher desto besser, wenn nicht mit der Zeit wirklich großer geistiger Schaden daraus entstehen soll“.

Besonders hart ging der Linzer Bischof mit Kardinal Innitzer und seinem Umfeld ins Gericht. Gföllner unterstellte seinem Metropoliten unter dem „schädlichen“ Einfluss von Karl Rudolf (1886-1964), den er gemeinsam mit Michael Pfliegler (1891-1972) als geistigen Führer der Bewegung ausmachte, zu stehen.

„Sr. Eminenz Innitzer ist bekannt durch große, fast zu große Herzengüte, die zu leicht vertraut, alles ohne nähere Prüfung gut u. schön findet und ein gewisses dogmatisches Feingefühl vermissen läßt, das den tiefsten Grund und Sinn gewisser Ideen u. Bewegungen erfaßt u. würdigt; darum kann Neuland gegenüber nur ein Eingreifen Roms Abhilfe bringen.“<sup>76</sup>

Zu diesem Zweck wäre es ratsam, den Kardinal aus dem schlechten Einfluss durch Dr. Rudolf zu befreien.<sup>77</sup>

„[...] wenn es gelänge, vor allem diesen Herrn aus der Umgebung Sr. Eminenz fern zu halten und seinen Einfluss zu brechen, dann wäre auch die Gefahr ‚Neuland‘ teilweise gebannt, wenn auch nicht gebrochen; letzteres kann nur durch ein grundsätzliches Verbot erfolgen.“<sup>78</sup>

Dass Gföllner mit dieser Einschätzung aber durchaus die Meinung des Wiener Klerus wiedergab, geht aus einem ähnlichen mit dem Jahr 1946 datieren Bericht des Volksbund-Direktors Jakob Fried hervor. Der ebenfalls für eine höhere kirchliche Stelle verfasste Bericht führte die gleichen Kritikpunkte ins Rennen wie Gföllner. Besonders die Einschätzungen über die schwache Bistumsführung („Der jetzige Oberhirte ist zu leicht beeinflussbar und zu einem gewissen unruhigen Kurs geneigt.“<sup>79</sup>) und ihr Umfeld teilte der Fried-Bericht. Der Volksbund-Direktor bediente sich dazu eines drastischen Vergleichs: „Dr. Rudolf und seine Anhänger [seien ein] [...] Krebschaden für die Kirche und für die katholische Bewegung in Österreich.“<sup>80</sup>

---

<sup>76</sup> Ebd. fol. 41r

<sup>77</sup> Vgl. ebd. fol. 34r-41r

<sup>78</sup> Ebd. fol. 40f.

<sup>79</sup> Loidl: Neuland 7

<sup>80</sup> Ebd. 8

Die römischen Behörden hielten die Kritik an *Neuland* schließlich für so ernstzunehmend, dass man den zuständigen Ordinarius mit einer italienischen Übersetzung des Gföllner-Berichtes konfrontierte. Gegenüber der Kurie verteidigte Innitzer mit Verweis auf die soeben abgeschlossene Neuausrichtung den *Bund Neuland* und vermutete die Vorwürfe in einer ersten Reaktion politisch motiviert.<sup>81</sup> In einer späteren, ausführlicheren Stellungnahme bezeichnete er das Gutachten als einseitig und engstirnig.<sup>82</sup> Rückhalt fand Innitzer hier auch im Episkopat. Selbst der *Neuland* lange Zeit skeptisch gegenüberstehende Sigismund Waitz bewertete die Wandlung der Bewegung sehr positiv, weshalb er sich bei der Erörterung der bischöflichen Stellung zu *Neuland* für diese einsetzte.<sup>83</sup>

Die „Causa Neuland“ zeigte bereits in Ansätzen, dass sich die Differenzen der beiden Kirchenfürsten nicht nur auf den kirchlichen Bereich beschränkten, sondern sich auch in politischen Fragen fortsetzten. Geradezu gegensätzlich war ihre Beurteilung des Juliabkommens 1936 zwischen Österreich und Deutschland. Dieses Abkommen, auf das weiter unten noch genauer eingegangen wird, machte die politischen Tendenzen innerhalb des katholischen Lagers deutlich sichtbar. Vom Wiener Erzbischof wurde die Annäherung an Deutschland als begrüßenswerte Normalisierung der deutsch-österreichischen Beziehungen aufgenommen. Im Namen der Bischöfe dankte er Bundeskanzler Kurt Schuschnigg für diese „Friedenstat“ und begrüßte darin den Vertrag als „Beendigung des Bürgerkrieges“.<sup>84</sup> Für Bischof Gföllner bedeutete der Vertrag hingegen eine Auslieferung Österreichs an den Nationalsozialismus. Gegenüber dem Minister Edmund Glaise-Horstenau (1882-1946) bemerkte er in einem sehr temperamentvollen Gespräch: „Herr Minister, der 11. Juli ist das Unglück Österreichs.“<sup>85</sup>

<sup>81</sup> Vgl. DAW, Bischofsakten Innitzer, Kasette 15, Fasz. 7, o. fol.: Kardinal Theodor Innitzer an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 17. Juli 1936, Abschrift

<sup>82</sup> Vgl. Valvo: Dio 130

<sup>83</sup> Vgl. DAL, Bi-A/9, Sch. 5, Fasc. 10c/13, o. fol.: Protokoll der außerordentlichen Bischofskonferenz vom 26. März 1936; Weinzierl: Episkopat 36

<sup>84</sup> Rohrhofer, Franz X.: Fronten und Brüche. Ständestaat und katholische Kirche 1933-1938 (Linz 2007) 239; Volsansky, Gabriele: Pakt auf Zeit: das deutsch-österreichische Juli-Abkommen 1936 (Wien u. a. 2001) 38

<sup>85</sup> Glaise von Horstenau, Edmund: Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau II (hg. von Peter Broucek) (Wien u. a. 1983) 98

## Gföllner und die Heimwehren

Die vorangehenden Quellenbefunde geben einen sehr viel vorsichtigeren Umgang Gföllners mit den faschistisch-nationalen Strömungen zu erkennen, als ihn sein noch jüngerer Wiener Bischofskollege praktizierte. Die in der Literatur gelegentlich kolportierte Auffassung, wonach Gföllner ein Unterstützer der Heimwehren gewesen sei, ist demnach unzutreffend oder unpräzise und bedarf einer kurzen Aktualisierung.<sup>86</sup> Schon vor der Errichtung des Ständestaates war Gföllner um eine klare Abgrenzung der Katholischen Kirche zu den Heimwehren bemüht. Spätestens seit der Kandidatur des Heimatblockes bei den Nationalratswahlen 1930 sah er die bei Feldmessen häufig praktizierte Segnung von Heimwehrfahnen mit der überparteilichen Haltung der Kirche aber nicht mehr vereinbar. Entsprechend einer von der Bischofskonferenz herausgegebenen Richtlinie, betreffend die Weihe von Fahnen politischer Parteien oder Vereine, sprach der Bischof ein Weiheverbot für seinen Kirchensprengel aus. Da in den einzelnen Diözesen dieser Konferenzbeschluss unterschiedlich streng exekutiert wurde – nicht zuletzt weil große Teile des Klerus und manche Bischöfe Sympathien für die Heimatschützer hegten<sup>87</sup> –, drängte er bei seinem Metropolitan Kardinal Piffl auf eine einheitliche Vorgehensweise.<sup>88</sup> Von dieser Haltung wollte er auch nach der Ausschaltung des Parlaments nicht abrücken. Er untersagte sogar seinem Diözesanklerus, Wimpel der staatlichen Jugendorganisation *Jung-Vaterland* zu weihen, wo-

---

<sup>86</sup> Nach Auffassung Rohrhofers hatte Gföllner „als Monarchist Gefallen an der von Adelligen geprägten Heimwehr gefunden“. Vgl. Gansinger, Ernst: Gleißners Lehrjahre in der Verbannung. URL: <http://www.kirchenzeitung.at/newsdetail/rubrik/lehrjahre-der-toleranz/> (aufgerufen am 14. 3. 2015)

<sup>87</sup> Zu einem solchen Bild kommt etwa der vatikanische Gesandte Luigi Faidutti, der 1929 im Auftrag des Heiligen Stuhls anhand von Befragungen bedeutender Kirchenvertreter einen Situationsbericht über die religiösen Verhältnisse in Wien verfasste. Einige hochrangige Geistliche vertraten darin die Meinung, dass nur die Heimwehren den „sozialistischen Terror“ brechen könnten. Vgl. AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 848 P.O., Fasz. 20, fol. 71-87v: „Mali e rimedi in un esame della situazione di Vienna“, Bericht von Luigi Faidutti, 6. August 1929

<sup>88</sup> Vgl. DAW, Bischofsakten Piffl, Sch. 1930–1932, Fasz. 1931, o. fol.: Bischof Johannes M. Gföllner an Kardinal Friedrich G. Piffl, 16. Jänner 1931. Eine kirchliche Segnung von Heimwehrfahnen war für Gföllner nur nach der Vorlage eines Partei- bzw. Organisationsstatuts vorstellbar, „woraus Wesen, Ziele u. Bestrebungen der Heimatwehr wenigstens im Sinne eines Rohprogrammes zu ersehen sind“, worüber der Episkopat hätte abstimmen können. Gföllner hatte Fürst Rüdiger Starhemberg zu diesem Schritt bereits zweimal geraten und jedes Mal positive Rückmeldung aber noch kein Statut erhalten. Vgl. dazu auch Loidl, Franz: Suffragan Gföllner an Metropolitan Piffl (Arbeitskreis für kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte, Wiener Katholische Akademie 81, Wien 1979)

raufhin einige Ortsgruppen zu diesem Zweck in niederösterreichische Pfarren auswichen.<sup>89</sup>

Trotz seines klaren Bekenntnisses zum Ständestaat sah er es als seine Pflicht an, mahnend auf faschistische Entwicklungen hinzuweisen. Seine Vorbehalte richteten sich hierbei besonders gegen die Heimwehren und waren prinzipiell weltanschaulich begründet. Zudem diente das lebendige Beispiel Italien der ständigen Bestärkung seiner Ressentiments.<sup>90</sup> Noch weniger blieb ihm faschistisch motivierte Kirchenfeindlichkeit im Inland verborgen. Gföllner war ein penibler Beobachter der Tagespolitik und besaß ein überaus feines Sensorium für Kirchenfeindlichkeit.<sup>91</sup> Bei einer Versammlung des bereits entpolitisierten Volksvereins warnte er 1934 ausdrücklich vor totalitären Tendenzen beim Staatsumbau:

„Es darf weder Parteien im herkömmlichen Sinn noch auch privilegierte Zwischenparteien geben, es darf keinen Staat im Staate geben. Wir bekennen uns offen und loyal zu den von Dollfuß verkündeten und von der Regierung festgehaltenen autoritären Kurs und stehen loyal auf dem Boden der Verfassung, die weder dem Wortlaute noch dem Geist nach etwas weiß von Faschismus und noch viel weniger von Totalität, die schließlich zum unchristlichen Staatsabsolutismus führt.“<sup>92</sup>

Anflüge solcher Tendenzen vermutete er in seiner Diözese hinter dem Versuch, aufbauend auf der Organisationsstruktur der katholischen Frauenbewegung Heimwehr-Frauenhilfsgruppen zu gründen. Entschieden schob Gföllner dieser Unternehmung einen Riegel vor, um zu verhindern, dass „die katholische Frauenorganisation durch die Gründung von sogenannten Heimatwehr-Frauengruppen in die Gebiete der rein militärischen

<sup>89</sup> Vgl. Pammer: V.F.-Werk 39. Anders verhielt es sich bei der Zulassung politischer Parteien und ihrer Symbole bei Gottesdiensten. Kurz nach der Ausschaltung des Parlaments erließ er eine „Richtlinie hinsichtlich Zulassung parteipolitischer Organisationen in Kirchen und zu kirchlichen Feiern“. Diese Verordnung wollte verhindern, dass „Gotteshäuser und kirchliche Feiern ... nicht zu parteipolitischen Kundgebungen mißbraucht werden.“ Denn die Kirche könne „nicht gestatten, daß einzelne parteipolitische und wirtschaftliche Organisationen in ihrem Ringen um die Macht im Staate die religiöse Autorität der Kirche ausspielen oder den Anschein erwecken, als seien Religion und Kirche als solche an ihren parteipolitischen Bestrebungen irgendwie aktiv beteiligt.“ Zit. nach Linzer Diözesanblatt (1933) 43. Die Heimwehren waren von dieser Regelung allerdings ausgenommen, da sie „gegenwärtig keine parteipolitische Organisation ist, sondern eine vaterländische Bewegung und Hilfsorganisation der staatlichen Exekutive darstellt“. Zit. nach Rohrhofer: Fronten 113. Für die christlichsoziale Partei galt das Verbot jedoch weiter. Vgl. Slapnicka, Harry: Vor 50 Jahren: Abzug des Klerus aus der Politik. In: Theologisch-praktische Quartalschrift 131. Jg. (1983) 247; Linzer Diözesanblatt (1933) 43

<sup>90</sup> Vgl. Weinzierl: Episkopat 36

<sup>91</sup> Vgl. Glaise von Horstenau: General im Zwielficht II 98

<sup>92</sup> Zit. nach Rohrhofer: Fronten 59

Organisation der Heimwehrebewegung hineinverwickelt und so ihrem ureigensten Zweck entfremdet wird.“<sup>93</sup>

## Gföllner und die christlichsoziale Partei

Innerhalb der Christlichsozialen Oberösterreichs hatte man freilich einen anderen Eindruck vom eigenen Bischof. Dort sah man in Gföllner einen autoritären, demokratiefeindlichen und später heimwehrraffinen Kirchenfürsten, der zudem schlecht fürs politische Geschäft war.<sup>94</sup> Schon im Jahr 1921 beschwerte sich der Chefredakteur des *Linzer Volksblattes* Heinrich Binder (1862-1925) über die offenkundig monarchistische Gesinnung des Bischofs bei Kardinal Piffl. Sein mangelndes Bekenntnis zur Republik würde den Sozialdemokraten immer wieder als politische Munition gegen den Landeshauptmann und die christlichsoziale Partei dienen.<sup>95</sup>

Viel mehr traf die Kritik der Sozialdemokraten aber den Bischof selbst. Denn im Gegensatz zur Bundesebene, wo mit Ignaz Seipel (1876–1932) ein politisch wenig kompromissbereiter Dogmatiker der Regierung vorstand, regierte in Oberösterreich in der Person Landeshauptmann Johann N. Hausers ein konsensorientierter Pragmatiker. Mit Josef Hafner (1875-1932) von der sozialdemokratischen Partei verband ihn sogar eine Freundschaft.<sup>96</sup> Dieser politische Stil, der für die Kirche nicht immer das Beste herauszuholen versuchte, stieß erwartungsgemäß auf das Unver-

<sup>93</sup> Zit. nach Wiltschegg, Walter: *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* (Wien 1985) 141. Nach der Meinung Wiltscheggs lag es auf der Hand, dass Starhembergs „millionenschwere Unternehmungen, die Heimwehren und ihr nahestehende Vereine hochzurüsten, auf Ablehnung beim Bischof stießen.“

<sup>94</sup> Vgl. Schlegel, Alfred: *Von Katastrophe zu Katastrophe. November 1918 bis Februar 1934: die Tragödie des Demokraten Schlegel* (Arbeitskreis für kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte, Wiener Katholische Akademie 32, Wien 1981) 36

<sup>95</sup> Vgl. DAW, *Bischofsakten Piffl, Sch. 1921–1924, Fasz. 1921, o. fol.*: Heinrich Binder an Kardinal Friedrich G. Piffl, 19. März 1921. Dem Schreiben Binders an Kardinal Piffl ging eine Auseinandersetzung mit Gföllner voraus. Dieser bestellte das *Linzer Volksblatt* kurzerhand ab, weil sich Binder weigerte, ein bischöfliches Protestschreiben gegen sozialdemokratische Störaktionen abzudrucken. Für Gföllner war das der Beweis, dass das Blatt „fast ausschließlich zu einem politischen Parteiblatt herabgesunken“ sei, welches „die großen katholischen Gesichtspunkte außer Acht gelassen oder nicht in der wünschenswerten Schärfe vertreten“ würde. Zit. nach. Rohrhofer: *Fronten und Brüche* 97–98. Eine Erwiderung Piffls ist leider nicht erhalten.

<sup>96</sup> Diese Politik stieß nicht immer auf Verständnis. Gelegentlich wurde er als „roter Prälat“ bezeichnet oder man höhnte über ihn, er sei wie das Bauerngeselchte, nämlich außen Schwarz und innen Rot. Vgl. Honeder, Josef: *Johann Nepomuk Hauser. Landeshauptmann von Oberösterreich*. In: Mikrut, Jan (Hg.): *Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs VII* (Wien 2003) 83

ständnis des Bischofs.<sup>97</sup> Vor diesem Hintergrund ist auch die bereits vielfach publizierte Rücktrittsaufforderung Gföllners zu sehen<sup>98</sup>, wenn er schreibt:

„Ich mußte wiederholt die härtesten u. abfälligsten Urteile [über Dich, Hauser] hören. Aber auch in maßgebenden Kreisen außerhalb des Landes begegnete ich nicht selten den nämlichen Urteilen. Oft und oft klang entweder die Erwartung durch oder man sprach sie unverhohlen aus: ‘Hoffentlich wird er bei der nächsten Wahl nicht mehr kandidieren!’“<sup>99</sup>

Dieser Konflikt mit Hauser, der übrigens zu den wenigen Du-Freunden des Bischofs zählte, wurde nachträglich hochstilisiert. Das sozialdemokratische *Tagblatt* vermutete sogar, dass sich Hauser nur deshalb im Stift Wilhering bestatten ließ, um sich in einem letzten Akt der Rebellion dem Jurisdiktionsbereich des Bischofs zu entziehen.<sup>100</sup> Umgekehrt soll der Bischof laut einer mündlichen Überlieferung Zeit seines Lebens „niemals christlichsozial gewählt“ haben.<sup>101</sup> Diese Behauptungen lassen sich aber durch nichts belegen. Hingegen finden sich bei Kutschera Hinweise, die den Konflikt eher als Machtkampf und nicht als persönliche Feindschaft erscheinen lassen.<sup>102</sup> Demzufolge widersprach es wohl dem Amtsverständnis Gföllners, dass die oberösterreichischen Prälatenimperien (Klieber) über größeren politischen Einfluss verfügten als er selbst, noch dazu, wo sie aus dem unter bischöflicher Hoheit stehenden Vereinskatholizismus heraus wirkten.<sup>103</sup> Infolge einer in Oberösterreich sehr engen institutionellen Verschränkung zwischen parteilichen und kirchlichen Strukturen – der katholische Volksverein bildete sowohl infrastrukturell als auch personell im Wesentlichen die Basis der christlichsozialen Landesparteileitung – verfügte der Oberhirte dennoch über sehr weitreichende politische Mitsprachemöglichkeiten, von denen er Gebrauch machte, wenn er die Interessen der katholischen Kirche parteipolitisch zu wenig vertreten glaubte.

<sup>97</sup> Vgl. Birmili, Josef: Josef Pfeneberger (1889–1952) – Priester und Politiker. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Politik in Oberösterreich (Diss. Katholisch-theologische Hochschule Linz 1996) 155

<sup>98</sup> Vgl. Zinnhobler: Seine Auseinandersetzung 55f.

<sup>99</sup> DAL, Bi-A/9, Sch. 2, Fasz. 4a, o. fol.: Bischof Johannes M. Gföllner an Landeshauptmann Johann N. Hauser, 8. August 1920

<sup>100</sup> Vgl. Rohrhofer: Fronten 96

<sup>101</sup> Vgl. ebd. 59

<sup>102</sup> Kutschera zufolge soll Gföllner mehrmals am Krankenbett des im Sterben liegenden Hausers gewesen sein. Vgl. Kutschera: Gföllner 33

<sup>103</sup> Vgl. Klieber: Schützenhilfe 547

Die unmittelbare Konsequenz eines solchen Kräftemessens zwischen Partei und Bischof war die kurzfristige Abberufung des Volksvereins- und zugleich auch Parteisekretärs Ernst Hirsch (1892-1973) im Jahr 1921. Erst auf Bitten des gesamten Landtagsklubs und einer Intervention bei Kardinal Piffl durfte der Priester Hirsch seine Tätigkeit 1923 wieder aufnehmen.<sup>104</sup> Der Bischof knüpfte an seine Wiederbestellung jedoch Bedingungen, die einem politischen Verhaltenskodex gleichkamen. Hirsch durfte die Stellung nur wieder antreten „in der Erwartung, daß Sie [Ernst Hirsch] einerseits die unmittelbaren Obliegenheiten Ihres Amtes mit Eifer und Klugheit erfüllen und andererseits die letzten und höchsten Ziele und Aufgaben jeder christlichen politischen Tätigkeit jederzeit ungerückt im Auge behalten, nämlich die Wahrung, Verteidigung und Förderung der heiligen Interessen der Kirche im Sinne und Geiste der kirchlichen Grundsätze und Weisungen. Sie bleiben daher nicht nur hinsichtlich Ihrer priesterlichen Lebensführung und kirchlichen Tätigkeit, sondern auch in Ihrer politischen Vereinstätigkeit dem Bischof der Diözese verantwortlich, der mit Recht erwartet, daß der Katholische Volksverein als Organisation der christlichsozialen Landespartei in solchen Fragen, welche nach dem Urteil des Bischofs das kirchliche und religiöse Interesse berühren, den billigen Wünschen des Bischofs bereitwillig entgegenkommen.“<sup>105</sup>

Auch dem Präsidium des Volksvereins teilte er seine Erwartungen an das Amt mit. Die Position sollte dem Bischof künftig nicht nur kirchlich sondern auch politisch verantwortlich sein. Durch diese starke Bindung an die Diözesanleitung wollte Gföllner seinen Einfluss auf die Parteileitung weiter erhöhen. Dem Präsidenten des Volksvereins blieb nichts anderes über, als die nachstehenden bischöflichen Bedingungen zu akzeptieren:

„1. Dass Herr Hirsch jederzeit aus wichtigen Gründen, die anzugeben ich mich nicht verpflichte, seiner Stellung wieder enthoben werden kann; 2. Dass mir Herr Hirsch nicht nur nach seiner priesterlichen Lebensführung und kirchlichen Tätigkeit, sondern auch nach seiner politischen Vereinstätigkeit verantwortlich bleibt; 3. Dass die christlichsoziale Landesparteileitung billigen Wünschen des Bischofs in Fragen, welche nach dem Urteil des Bischofs das kirchliche und religiöse Interesse berühren, entgegenzukommen sich bereit erklärt.“<sup>106</sup>

<sup>104</sup> Vgl. Rohrhofer: Fronten 95

<sup>105</sup> OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 1, o. fol.: Z. 1857/1, Bischof Johannes M. Gföllner an Ernst Hirsch, 22. Februar 1923, Abschrift

<sup>106</sup> OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol.: Z. 1678, Bischof Johannes M. Gföllner an das Präsidium des Katholischen Volksvereins, 19. Februar 1923, Abschrift

Obwohl die Parteileitung diese Auflagen akzeptierte, kochte der Machtkampf bereits ein Jahr später neuerlich auf. Als es darum ging, die Obmannstelle des *katholischen Pressvereins*, dem Rechtsträger des *Linzer Volksblattes*, neu zu besetzen, befürchtete der Bischof, im Vorstand von der politischen Fraktion überstimmt zu werden. Konkret hatte er Hauser und Binder im Verdacht, seinen Einfluss systematisch beschneiden zu wollen. Kurz vor der Abstimmung rief er deshalb den Volksvereins-Präsidenten Josef Aigner (1884-1947) zu sich und drohte im Falle der Wahl eines Politikers, Ernst Hirsch neuerlich abzuberauben. Denn er „wünsche keinen Politiker der christlichsozialen Partei an der Spitze des Pressvereins zu sehen, weil die Interessen des Bischofs vielfach ganz anders seien als die politischen Interessen der christlichsozialen Partei“. Er sah darin einen weiteren Versuch der Partei, „ihm das ‚Linzer Volksblatt‘ aus der Hand zu schlagen“.<sup>107</sup>

Als die Bischofskonferenz im Jahr 1933 den Rückzug des Klerus aus der Politik beschlossen hatte, vermutete das engere Umfeld von Landeshauptmann Josef Schlegel (1869-1955) den Linzer Bischof als die treibende Kraft hinter diesem Beschluss.<sup>108</sup> In Oberösterreich waren davon auf höchster Ebene die Landesräte Ernst Hirsch und Josef Pfeneberger (1880-1952) betroffen. In einer ersten Reaktion führten sie diesen Beschluss sogar auf eigenes Fehlverhalten zurück.<sup>109</sup> Womöglich weil sie nur wenige Wochen zuvor in einem provokant formulierten Elaborat bei Bischof Gföllner anzufragen versuchten, inwieweit es einem Katholiken in Oberösterreich erlaubt sei, „sich an einer Bewegung [der Heimwehr] zu beteiligen, die offenkundigerweise den Faschismus anstrebt“, wo doch die päpstliche Enzyklika *Quadragesimo anno* eindeutig davor warnt, „weil der faschistische Staat mit seiner universalistischen Gesellschaftslehre

<sup>107</sup> Vgl. OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 1, o. fol.: Ernst Hirsch an anonymen Adressaten (Anrede: Herr Chefredakteur), 27. März 1924, Abschrift

<sup>108</sup> Ernst Hirsch erinnerte sich gegenüber Harry Slapnicka, dass Kardinal Innitzer dem oberösterreichischen Landeshauptmann Bischof Gföllner als Urheber dieses Beschlusses nannte. Vgl. Schlegel: Katastrophe 40. Bestätigung findet diese Erinnerung in einem Gedächtnisprotokoll, das Josef Schlegel nach einem Gespräch mit Bischof Gföllner am 9. Jänner 1934 anfertigte. Vgl. OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol.: o. Titel, Gedächtnisprotokoll, Abschrift, 4

<sup>109</sup> Eine informelle Anfrage bei Innitzer ergab (siehe Anm. 108), dass Ernst Hirsch nicht der Grund für diesen Beschluss gewesen sei. Ungeachtet dessen empfand ihn Hirsch als Abrechnung mit der Volksvereinspolitik. Denn der Bischof hätte ihn weiterhin als Sekretär des in die Katholische Aktion überführten Volksvereins belassen können, tat es aber nicht. Hirsch erachtete dies als Vertrauensbruch und fühlte sich dadurch in seiner priesterlichen Ehre verletzt. Vgl. OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol.: Ernst Hirsch an Bischof Johannes M. Gföllner, 13. Dezember 1933, Abschrift, 1f.

alles Recht und alle Macht für sich beansprucht.<sup>110</sup> Unabhängig von den Gründen für diesen Beschluss schwächte das Ausscheiden der beiden Geistlichen die Landespartei empfindlich. Neben Josef Aigner stellten sie die wichtigsten Stützen von Landeshauptmann Schlegel dar. Dementsprechend bestürzt zeigte sich der kurzfristig sogar an Rücktritt denkende Landeshauptmann in einem Telefonat mit Bundespräsident Wilhelm Miklas (1872-1956):

„Ich bin entsetzt darüber. Mir werden in der o.ö. Landesregierung 2 momentan unersetzliche Kräfte in der Person Pfeneberger und Hirsch weggenommen. Das halte ich nicht aus. Ich habe nur eine Konsequenz, dass ich auch gehe ... Nein ... die Verantwortung [...]“<sup>111</sup>

Sorge bereitete Schlegel auch der Ausgang des „autoritären Experiments“ der Regierung Dollfuß. In einer geradezu unheilvollen Prophezeiung befürchtete er, „dass dies direkt zum Nationalsozialismus führt.“<sup>112</sup> Im Ringen nach Möglichkeiten zur Entschärfung des Bischofskonferenzbeschlusses wurde auch eine Intervention beim Papst angedacht. Da dem Bundespräsidenten die Haltung des Nuntius jedoch bekannt war, hielt man eine Fühlungnahme mit der apostolischen Vertretung in Wien für aussichtslos.

„Ich weiss nicht, gibt es eine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen [...] auch die Nuntiatur ist damit einverstanden. Ich kritisiere nicht die Beschlüsse, habe ich auch zum Bischof gesagt, aber die Nunziatur ist nicht der Heilige Vater.“<sup>113</sup>

Dass Pius XI. in der Beurteilung des autoritären Regierungskurses mit dem Nuntius völlig übereinstimmte, wurde für Miklas nur wenige Wochen später Gewissheit. Wohl das Gespräch mit Schlegel zum Anlass nehmend, wandte er sich mit seinen Loyalitätskonflikten in bewusster Umgehung des Nuntius über Kardinal Theodor Innitzer tatsächlich an den Heiligen Stuhl. Als einzige nach Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes verbleibende Instanz hätte der auf die Verfassung vereidigte Miklas gegen die Verfassungsbrüche der Regierung auftreten können bzw. müs-

---

<sup>110</sup> Zit. nach Birmili: Pfeneberger 151. Pfeneberger wollte diese Anfrage als eine „Warnung an Gföllner, der mit der Heimwehr sympathisiert und alle antidemokratischen Bestrebungen unterstützt“, verstehen. Zit. nach Rohrhofer: Fronten 107

<sup>111</sup> OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol: o. Titel, Gedächtnisprotokoll eines Telefonats zwischen Landeshauptmann Josef Schlegel und Bundespräsident Wilhelm Miklas, 9. Dezember 1933, 1

<sup>112</sup> Ebd. 1

<sup>113</sup> Ebd. 2

sen. Sein tatenloses Zuwarten bereitete ihm nachträglich schwere Gewissensqualen. Die oberste Kirchenleitung versuchte die moralischen Bedenken des Bundespräsidenten jedoch nicht nur zu zerstreuen, sondern forderte ihn auch zu einer aktiveren Unterstützung der Regierungsmaßnahmen auf. Aus den für das österreichische Staatsoberhaupt als Orientierungshilfe ausgegebenen „Richtlinien für die sittliche Beurteilung seines Amtseides und der geplanten Verfassungsänderungen“ wird klar ersichtlich, wie der Papst über die autoritäre Umgestaltung des Staates durch die Bundesregierung dachte:

„[...] Seine Heiligkeit zollt der religiösen Gesinnung und Gewissenhaftigkeit des Herrn Bundespräsidenten Miklas alle Anerkennung, glaubt jedoch nicht, dass im vorliegenden Falle sachlich ein Grund zur Beunruhigung gegeben ist. [...] 1. Es ist richtig, dass der Herr Bundespräsident die Verfassung beschworen hat. Aber der [sic!] Verfassung ist für das Land da, nicht umgekehrt ein Land für die Verfassung. Noch viel mehr als die Verfassung hat der Herr Bundespräsident durch Eidschwur seinen Willen bekräftigt, immer zum Besten und nie zum Schaden des Landes handeln zu wollen. Dieser Schwur steht höher als der andere, der auf formelle Einhaltung der Verfassung geht. Die Änderungen, die man an der Verfassung vorzunehmen im Begriffe steht, dienen aber offensichtlich dem höheren Wohle des Landes. Indem der Herr Bundespräsident sie gutheißt, hält er sich also, wenn auch nicht an den Buchstaben, so doch an den Geist seines Amtseides und gibt ihm eine höhere Erfüllung. Es findet hier Anwendung, was die hl. Kirche im Canon 1319,2° des C.I.C. sagt: ‘Obligatio iureiurando promissorio inducta desinit: ... si res iurata ... maius bonum impediatur’. 2. Es steht ausser Zweifel, dass der beherrschende Grundsatz der Staatsführung lautet: *salus populi suprema lex*. Diesem obersten Grundsatz müssen im Notfall alle anderen Bindungen und Verpflichtungen weichen [sic!]. Der Heilige Vater ist aber der Meinung, dass es im vorliegenden Falle einfachhin gegen die *salus populi* verstossen würde, wollte man nicht zu jenen Reformen greifen, welche die augenblickliche ernste und schwere Lage erheischt. Viel mehr noch würde es nach der Auffassung der Heilige Vaters [sic!] gegen die *salus populi* verstossen, sich in diesem Augenblick höchster Gefährdung wesentlicher religiöser Interessen zurückzuziehen [sic!] Seine Heiligkeit ist sogar der Auffassung, dass jedwedes weitere Hinausschieben schädlich ist umso mehr als es bereits jetzt den Gegenströmungen Zeit und Möglichkeit zu geben scheint, sich auszubreiten und zu festigen. 3. Was über das Ge-

meinwohl und die Rettung des Volkes gesagt ist, wendet der Heilige Vater an und möchte er, und zwar in ganz besonderer Weise, angewandt wissen auf das Wohl der Religion und die Interessen der katholischen Kirche. Dieses Schreiben ist nach Gebrauch zu vernichten.<sup>114</sup>

Ganz in diesem Sinne gestalteten sich auch die weiteren Schritte der sogenannten Entpolitisierung in der Diözese Linz. Mit dem durch Bischof Gföllner „in einer menschlich wenig ansprechenden Weise“<sup>115</sup> erzwungenen Rücktritt Josef Aigners als Volksvereinspräsident im Jänner 1934, wurde die christlichsoziale Landesparteileitung weitgehend ihrer institutionellen Grundlage beraubt.<sup>116</sup> Der Landeshauptmann stand damit praktisch ohne Partei da.<sup>117</sup> Dieser Ansicht war auch der christlichsoziale Klubvorstand, der ob einer dieser Entlassung vorausgehenden Besprechung zwischen dem Linzer Bischof und Bundeskanzler Engelbert Dollfuß die Frage diskutierte, „ob der Bischof nicht im Sinne der Staatsführung handelt, wenn er die Christlichsoziale Partei Oberösterreichs ganz erwürgt.“<sup>118</sup> Wieder zeigt sich an diesem Beispiel, dass der höhere Klerus weit weniger Bedenken wegen des Verfassungsbruches hatte als große Teile der Christlichsozialen Partei. Denn auch Josef Aigner äußerte gegenüber seinem Bischof diesbezüglich Gewissenskrupel. Bedenkenlos versicherte Gföllner dem katholischen Abgeordneten, ihm diese „voll und ganz abnehme[n]“ zu wollen und riet ihm für die Zukunft: „für Sie, Herr Präsident, ist für eine solche Gewissensberatung doch die Ansicht Ihres

<sup>114</sup> Zit. nach Klieber: Schützenhilfe 557f.

<sup>115</sup> Zinnhobler, Rudolf: Kirche in Oberösterreich IV: Vom Josephinismus zur Gegenwart (Strasbourg 1995) 35. In der Wahrnehmung des Bischofs hat er Aigner nur gebeten zurückzutreten: „Ja, er bringt ein großes Opfer, aber ich war genötigt, ihn zu bitten, ich habe ja kein Recht es zu verlangen, es war nur eine Bitte. Ich wurde insbesondere vom Klerus gedrängt, Reformen beim Volksverein durchzuführen.“ OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol.: o. Titel, Gedächtnisprotokoll Schlegel, 5. Kritisiert wurde laut Gföllner, dass die Partei und der Volksverein „identisch sind“ und dass der Präsident und Sekretär keine Mandate mehr bekleiden sollten. Dabei stützte er sich auf ein von drei Dechanten erstelltes Memorandum, worin verlangt wurde, dass der Volksverein wieder zu einer „kulturpolitischen Organisation“ werden sollte und „nicht ausschließlich in der christlichsozialen Parteipolitik aufgehen“ dürfte. Vgl. OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol.: Franz Stadler, Josef Pöschl u. Franz Riepl an das Präsidium des katholischen Volksvereins, 2. April 1932, 1–6

<sup>116</sup> Vgl. Kriechbaumer, Robert: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Köln/Wien/Weimar 2001) 294. In der Argumentation des Bischofs, diente der Rücktritt Aigners der Rettung des Volksvereins, denn entsprechend des Konkordats genießen nur jene katholischen Organisationen „staatlichen Schutz und die volle Freiheit ihrer Organisationen und Betätigung“, die der Katholischen Aktion angehören. Vgl. Rohrhofer: Fronten 132

<sup>117</sup> Vgl. ebd. 108

<sup>118</sup> Zit. nach Kriechbaumer: Erzählungen 294

Bischofs von größerem Gewicht als die Ansicht vielleicht des Herrn Landeshauptmannes.“<sup>119</sup> Abschließend wurde Aigner für sein „großes Opfer“<sup>120</sup> mit einer päpstlichen Auszeichnung bedacht, um die Gföllner eigens in Rom angesucht hatte.<sup>121</sup>

Widerstand gegen die völlige Zerstörung der Parteiendemokratie war von da an in Oberösterreich nur noch vom Landeshauptmann zu erwarten. Dieser sah sich ab dem Frühjahr 1934 auch zunehmend der Kritik von antidemokratischer Seite ausgesetzt. Pfeneberger vermutete dahinter das „Jagdkonsortium Gföllner – Gleißner – Starhemberg“, das sich auf den Abgang Schlegels geeinigt hätte („[...] der Landeshauptmann müsse bis zum 1. März ‚verschwunden sein‘.“)<sup>122</sup> Wie Schlegel sah Pfeneberger in der „Auslieferung“ des Volksvereins an die „Heimwehr-Aristokratie“ die Voraussetzungen gegeben, „daß der Nationalsozialismus schließlich Österreich doch überrennen wird.“<sup>123</sup> Mitunter ein Grund, den Bischof im Kreise seiner politischen Gegner zu vermuten, dürfte eine gezielt gegen den Landeshauptmann gerichtete bischöfliche Zwangsmaßnahme gewesen sein. Entgegen einer früher gemachten Zusage, wonach die Geistlichen Hirsch und Pfeneberger dem Landeshauptmann ihre „Arbeitskraft privat zur Verfügung stellen“ durften, entzog er ihnen die Erlaubnis, nachdem ihm von anonymer Seite angezeigt wurde, dass die ehemaligen Landesräte weiterhin in ihren Büros gearbeitet, an Sitzungen teilgenommen, Gehälter bezogen und auch sonst den Anschein erweckt hätten, noch immer zu amtieren. Der Bischof begründete seine Entscheidung mit dem bestehenden Beschluss der Bischofskonferenz: „ich darf nicht den Anschein erwecken, als ob ich mich über die Beschlüsse der Bischofskonferenz hinwegsetze.“<sup>124</sup> Schlegels Einwand, dass es sich dabei um von Heimwehrkreisen

<sup>119</sup> Zit. nach Rohrhofer: Fronten 133f. Das Gespräch zwischen dem Bischof und dem Volksvereinspräsidenten ist dank eines gleich nach der Unterredung angefertigten Gedächtnisprotokolls sehr gut dokumentiert.

<sup>120</sup> So bezeichnete Gföllner den Rücktritt Aigners gegenüber Landeshauptmann Josef Schlegel. OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol.: o. Titel, Gedächtnisprotokoll einer Unterredung zwischen Bischof Johannes M. Gföllner und Landeshauptmann Josef Schlegel, 9. Jänner 1934, Abschrift

<sup>121</sup> Darin würdigte der Bischof die politischen Verdienste Aigners und nannte ihn unter anderem einen „vir egregie christianus et miles fortio, semper paratus ad proelianda proelia Domini.“ DAL, CA-10, Sch. 61, Fasz.1/2c, o.fol.: Z. 2100, Ansuchen um päpstliche Auszeichnung für Dr. Josef Aigner, 21. Februar 1934, Entwurf

<sup>122</sup> Zit. nach Zinnhobler: Johannes Evangelist Maria Gföllner 273 (Anm. 95)

<sup>123</sup> Zit. nach Schlegel: Katastrophe 339

<sup>124</sup> OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Sch. 5, o. fol.: o. Titel, Gedächtnisprotokoll einer Unterredung zwischen Bischof Johannes M. Gföllner und Landeshauptmann Josef Schlegel, 9. Jänner 1934, Abschrift, 4

bewusst lancierte Gerüchte handelte, denen man besser keinen Wert beimessen sollte, quittierte der Bischof unbeeindruckt mit der Bekräftigung seines Anliegen: „es ist mir lieber, wenn Sie vollkommen auf die Mitarbeit der beiden Herren verzichten wollten.“<sup>125</sup> Geschwächt durch den Verlust zweier erfahrener Berater hielt der Landeshauptmann dem zunehmenden Druck von Heimwehrkreisen nicht mehr lange Stand. Am 17. Februar 1934 machte er einer von Heinrich Gleißner (1893-1984) geführten Landesregierung bestehend aus Vertretern des autoritären Parteiflügels und der Heimwehren Platz.<sup>126</sup>

## Gföllner und der Ständestaat

Es ist unbestreitbar, dass der Bischof mit der Entmachtung der Christlichsozialen Partei in Oberösterreich aktiv an der Umgestaltung des Staates nach autoritären Gesichtspunkten mitgewirkt hat. Schon im Weihnachtshirtenbrief der Bischöfe, der auf Wunsch der Bischofskonferenz vom Linzer Diözesanvorsteher als ein Hirtenwort „über die Pflichten des katholischen Volkes gegenüber Regierung und Vaterland“ konzipiert wurde, sollten die Katholiken auf die aufziehende politische Großwetterlage vorbereitet werden.<sup>127</sup> Neben einer starken Betonung des Führergedankens – für Zinnhobler war es „geradezu ein Hymnus auf das Führerprinzip“<sup>128</sup> – stellte sich das Schreiben „hinter Staat und Regierung und nahm besonders gegen den Nationalsozialismus Stellung.“<sup>129</sup> Noch offener zur Schau stellte er seine Sympathien für das Regime, als er bei der Rede von Dollfuß am Wiener Trabrennplatz, welche am Rande des Katholikentages 1933 stattfand, als einziger Vertreter der katholischen Hierarchie zugegen war.<sup>130</sup> Gefördert wurde die junge Diktatur durch die Linzer Bistumsleitung auch in ihrer institutionellen Entwicklung. Linz

---

<sup>125</sup> Ebd.

<sup>126</sup> Rohrhofer: Fronten 119

<sup>127</sup> Vgl. Weinzierl: Episkopat 35

<sup>128</sup> Zinnhobler: Die Bischöfe Gföllner und Fließner 525

<sup>129</sup> Weinzierl: Episkopat 44

<sup>130</sup> Vgl. Liebmann, Maximilian: Die geistige Konzeption der österreichischen Katholikentage in der Ersten Republik. In: Ackerl, Isabella – Neck, Rudolf (Hg.): Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik. Auswahl der bei den Symposien in Wien vom 11. bis 13. November 1980 und am 27. und 28. Oktober 1982 gehaltenen Referate (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich 10, Wien/München 1986) 172

war die einzige Diözese, welche die Empfehlung der Bischofskonferenz vom Frühjahr 1934 veröffentlichte, die den Eintritt in die Vaterländische Front für Mitglieder der Katholischen Aktion bewarb.<sup>131</sup> Und mittels eines am Jahrestag der sogenannten Selbstausschaltung des Parlaments abgehaltenen Festgottesdienstes im Mariendom sollte die Regierung vom Makel der mangelnden politischen Legitimation befreit werden.<sup>132</sup>

Ganz dieser Linie folgte auch Gföllners Eintreten für ein hartes Vorgehen gegen die politischen Gegner. Von der linken Opposition angestrengte Vermittlungsversuche, die die Kirchenführung zu einer Entschärfung der politischen Situation bewegen sollten, scheiterten in der Erinnerung führender Sozialdemokraten nicht zuletzt am Linzer Bischof.<sup>133</sup> Otto Bauer (1881-1938) und Wilhelm Ellenbogen (1863-1951) hielten die Achse Sibia-Gföllner-Waitz sogar für den „Motor“ des Umsturzes („Der Dollfußkurs war auf katholischer Seite vom päpstlichen Nuntius in Wien und den Bischöfen Gföllner und Waitz gefördert worden [...]“<sup>134</sup>). Als gerechtfertigt erachtete das Gespann den Umsturz, weil so ungehindert ein christliches Bollwerk gegen „schädliche“ politische Strömungen – allen voran den Nationalsozialismus – verwirklicht werden konnte. Skrupel wegen der damit verbundenen Verfassungsbrüche gab es keine. Im Gegenteil: Dass sich die Drahtzieher eines gescheiterten Heimwehr-Putsches wegen Hochverrats vor Gericht verantworten mussten, löste bei Sigismund Waitz nur Unverständnis aus: „Und war es erlaubt die Monarchie zu stürzen, so ist es ebenso erlaubt statt der Republik wieder eine andere Staatsform einzuführen.“<sup>135</sup> Umso weniger Bedenken gegen den Staatsstreich gab es folglich von Seiten des Episkopats, als die Bundesregierung eine staatliche Umgestaltung nach Vorlage der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* im Sinne hatte. In deutlicher Abgrenzung zu Hitler-

<sup>131</sup> Vgl. Weinzierl: Episkopat 35

<sup>132</sup> Vgl. Huemer, Peter: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich. Eine historisch-politische Studie (Wien 1975) 200f.

<sup>133</sup> Vgl. ebd. 201

<sup>134</sup> Ellenbogen, Wilhelm: Menschen und Prinzipien. Erinnerungen, Urteile und Reflexionen eines kritischen Sozialdemokraten (Wien/Köln/Graz 1981) 151. Noch deutlichere Worte fand der Obmann des Bundes religiöser Sozialisten, der sogenannte „kleine“ Otto Bauer, der selbst an den Vermittlungsgesprächen teilnahm: „Aber der päpstliche Nuntius in Wien und die katholischen Bischöfe Gföllner und Waitz drängten die Regierung weiter auf der Bahn zum Faschismus.“ Bauer, Otto: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkungen (Prag 1934) 13

<sup>135</sup> AES, Bischofsakten Waitz 19/66, Korrespondenz mit Bischöfen – Rom, Mappe „Korrespondenz mit den Bischöfen“, o. fol.: Bischof Sigismund Waitz an eine anonyme Eminenz (vermutlich Kardinal Piffl), o. D.

deutschland wurde auf der Grundlage einer ständischen Gesellschaftsordnung und eines christlichen Wertehorizonts ein Österreichbewusstsein verordnet, das der politischen Unzufriedenheit und dem überbordenden Nationalismus entgegenwirken sollte. Mit der Ermordung des Bundeskanzlers wurde die Fragilität dieses Staatskonstrukts offenkundig und die kirchliche Unterstützung des nur über eine schmale Machtbasis verfügenden Regimes steigerte sich in eine regelrechte Verehrung Engelbert Dollfuß', was wesentlich zur Entpersonalisierung bzw. Ideologisierung des ständestaatlichen Staatsgedankens beitrug und in weiterer Folge eine erfolgreiche Nachfolge ermöglichte. Gemäß dieser Staatsideologie feierte der Linzer Bischof den Toten „als Märtyrer für Recht und Frieden und als Träger des österreichischen Patriotismus“.<sup>136</sup>

So sehr Gföllner mit den Zielen des christlichen Ständestaates übereinstimmte, blieb er für ihn gleichzeitig dennoch nur ein unvollendetes Gebilde, in dem er auf Dauer keine politische Heimat finden konnte. Dazu schien ihm dieser Rohbau politisch zu instabil. Skeptisch betrachtete er den Einfluss des faschistischen Italiens auf die staatlichen Organe. In der Vaterländischen Front konnte er beispielsweise eine sich immer mehr ausbreitende „Totalitätsidee“ feststellen.<sup>137</sup> Als einzig wahre Staatsform galt ihm zeitlebens die Monarchie. Diese vor Augen unternahm er im März 1937 auf eigene Faust, allerdings in vorheriger Absprache mit Bundespräsident Wilhelm Miklas und Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, eine Reise ins belgische Exil der Kaiserfamilie, um in einem persönlichen Gespräch mit Otto von Habsburg (1912-2011) die Restaurationsfrage zu besprechen.<sup>138</sup> Bei der Staatsspitze stieß dieses Unternehmen auf positive Resonanz, da man den politisch immer aktiver werdenden Otto auf diesem Wege über ein möglicherweise bestehendes Bündnis zwischen Deutschland und Jugoslawien in Kenntnis setzen (und damit einbremsen) wollte, das notfalls eine militärische Intervention gegen die Habsburgerrestauration zum Ziel hatte. Mit dem Regierungsantritt Kurt Schuschniggs im Juli 1934 war eine solche politisch wieder relevant geworden, da nun ein bekennender Legitimist an der Spitze der Regierung stand, dessen politisches „Endziel“ die Restauration der Habsburgermonarchie auf österrei-

---

<sup>136</sup> Weinzierl: Episkopat 52

<sup>137</sup> AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 899-900 P.O., Fasz. 60, fol. 44v: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937.

<sup>138</sup> Vgl. AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 899-900 P.O., Fasz. 60, fol. 36v: Z. 336/38, Nuntiaturreport, 24. März 1937

chischem Boden war.<sup>139</sup> Bereits im Mai 1934 kam es zu einem ersten persönlichen Zusammentreffen zwischen Schuschnigg – damals noch Justizminister – und Habsburg. Inhalt der Unterredung war die Revision der Habsburger-Gesetze, welche die rechtlichen Möglichkeiten für eine Restauration bilden sollte. Trotz divergierender Ansichten bei der Beurteilung der außenpolitischen Folgen, sicherte Schuschnigg dem Thronprätendenten zu, seine Politik auf dieses Ziel abstimmen zu wollen. Neuen Schwung bekamen die Restaurationsbestrebungen mit Schuschniggs Amtsantritt als Regierungschef. Bei einem Geheimtreffen im September 1935 in Frankreich sollten die nötigen Maßnahmen persönlich besprochen werden. Die Unterredung hatte zur Folge, dass legitimistische Vereine künftig mehr Handlungsspielraum haben sollten. Um eine bessere Koordination zwischen Kanzler und habsburgischem Familienoberhaupt zu gewährleisten, wurden außerdem ständige Verbindungsmänner bestellt. Wie schon beim Treffen im Jahr zuvor zeigte sich aber, dass hinsichtlich der Umsetzung weiterhin erhebliche Meinungsunterschiede bestanden. Der Kanzler vertrat die Ansicht, „primärste Vorbedingung und die Grundlage der Restauration müsste ein Plebiszit bilden, [...] um vor dem Ausland gedeckt zu sein.“<sup>140</sup> Zudem behielt er sich vor, selbst über den geeigneten Zeitpunkt zu entscheiden. Geographisch verlangte Schuschnigg eine Restauration, die sich mit Rücksicht auf die Nachfolgestaaten nur innerhalb der aktuellen Grenzen vollziehen dürfte. Beides lehnte Habsburg, der seinen Herrschaftsanspruch über Ungarn nicht aufgeben wollte und die Restauration am besten schon gestern als heute durchgeführt hätte, ab.<sup>141</sup>

Mit der Annäherung Italiens an Deutschland erfuhren die Restaurationsbestrebungen allerdings einen herben Rückschlag. Im Hinblick auf die deutsch-italienischen Beziehungen fühlte sich das Königreich fortan immer weniger als Schutzmacht Österreichs zuständig. Gleichzeitig weitete Deutschland, das eine Wiedereinsetzung des Hauses Habsburg aus politischen aber auch rassistisch-ideologischen Gründen strikt ablehnte („[...] weil die Habsburger keine deutsche Dynastie seien [...]“)<sup>142</sup>, seinen politi-

<sup>139</sup> Vgl. Mosser, Ingrid: Der Legitimus und die Frage der Habsburger-Restauration in der innenpolitischen Zielsetzung des autoritären Regimes in Österreich 1933–1938 (Diss. Univ. Wien 1979) 64f.

<sup>140</sup> Ebd. 202

<sup>141</sup> Vgl. ebd. 202–210

<sup>142</sup> AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 899-900 P.O., Fasz. 60, fol. 42r: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937. Dies teilte der deutsche Außenminister Konstantin von Neurath Bundeskanzler Schuschnigg mit, als er sich über den Stand der Restauration erkundigte. Auf die Frage Schusch-

schen Einfluss in gleichem Maße aus. Die Bundesregierung reagierte auf den zunehmenden Druck in Form weitreichender Konzessionen an den Nationalsozialismus, die im 1936 geschlossenen Juli-Abkommen fixiert wurden. Für Bischof Gföllner stellte die Unterzeichnung des Abkommens bekanntlich ein „Unglück“ dar.<sup>143</sup> Hatte er noch bei der Neujahrsansprache vor dem Linzer Domkapitel die Restauration in Aussicht gestellt<sup>144</sup>, sah er sie plötzlich in weite Ferne gerückt: Nicht nur, weil offizielle Anstrengungen dadurch praktisch unmöglich wurden, sondern auch, weil es eine schwere Belastung des Verhältnisses zwischen Schuschnigg und Habsburg zur Folge hatte. Im belgischen Steenokkerzeel, dem Exil der kaiserlichen Familie, wurde die Unterzeichnung des Abkommens mit Hitler nämlich als Vertrauensbruch gewertet, der manche Legitimisten an der Loyalität Schuschniggs zweifeln ließ. Im Glauben, von der Regierung im Stich gelassen worden zu sein, intensivierten die Monarchisten daraufhin ganz zum Missfallen Deutschlands ihre propagandistischen Aktivitäten.<sup>145</sup> Vor dem Hintergrund dieser heiklen Ausgangslage – allerdings mit dem nötigen zeitlichen Abstand („[...] da gerade in dieser Zeit die Frage der Restauration der Monarchie in Österreich in der In- und Auslandspresse lebhaft erörtert wurde und ich den Anschein vermindern wollte, als ob ein österreichischer Kirchenfürst diese zunächst politische Frage irgendwie beeinflussen wollte.“<sup>146</sup>) – muss das gföllnersche Vermittlungsunternehmen als Versuch gesehen werden, die Konfliktparteien zu versöhnen und das aus dem Ruder geratene Restaurationsvorhaben wieder in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. („[...] beruhigend und ernüchternd bezüglich Restauration u. Rückkehr einzuwirken und von jedem übereilten Schritte zu warnen [...]“<sup>147</sup>).

Einen ausführlichen Bericht seiner Vermittlungen glaubte Gföllner, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Belgien, dem Apostolischen Nuntius

---

niggs, wie es sich mit einem anderen Herrscherhaus verhielte, beispielsweise den Wittelsbachern, entgegnete Neurath, dass es auch hier deutsche Bedenken gäbe, weil deren Einsetzung den gesamten süddeutschen Raum politisch destabilisieren könnte.

<sup>143</sup> Glaise von Horstenau: *General im Zwielficht* II 98

<sup>144</sup> Vgl. Langoth, Franz: *Kampf um Österreich. Erinnerungen eines Politikers* (Wels 1951) 183

<sup>145</sup> Vgl. Mosser: *Legitimismus* 218

<sup>146</sup> AA.EE.SS., *Austria-Ungheria*, Pos. 899-900 P.O., Fasz. 60, fol. 40v: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937

<sup>147</sup> Ebd. fol. 40vf.

in Wien erstatten zu müssen.<sup>148</sup> Insgesamt zeigte sich der Bischof mit dem Treffen sehr zufrieden. Einerseits weil er glaubte, den jungen Habsburger, den Gföllner in seinem Bericht ans päpstliche Staatssekretariat fortwährend als Kaiser betitelte<sup>149</sup>, über die Komplexität der internationalen Lage ins Bild gesetzt und so von einer voreiligen Einreise abgehalten zu haben, andererseits weil er „den allerbesten Eindruck“ vom Thronprätendenten gewinnen konnte, dessen höfliches Auftreten, katholische Überzeugungen und kritische Urteilsfähigkeit er besonders hervorhob.<sup>150</sup> Über Habsburgs hitziges Temperament und die Neigung zur Voreiligkeit sah er in Anbetracht seines jungen Alters und seiner Sorge um Österreich großzügig hinweg. Der Nuntius konnte in seiner Beschreibung eine regelrechte Bewunderung für den Thronanwärter bemerken („Il prelodato Monsignore si mostrò pieno di ammirazione per Otto di Absburgo.“<sup>151</sup>), der sich für den Linzer Bischof einen ganzen Tag Zeit nahm. Am Vormittag wurde intensiv die internationale Lage besprochen. Otto erweckte dabei auf Gföllner einen überaus gut unterrichteten Eindruck und war sich der starken außenpolitischen Widerstände gegen eine Restauration vollauf bewusst. Im Gegensatz zur österreichischen Regierung rechnete er aber mit einer Unterstützung von Frankreich und England, weshalb er darauf drängte, ehestmöglich den „passo definitivo“ zu setzen. Hierher rührte auch seine Unzufriedenheit mit dem Bundeskanzler. Otto zweifelte nicht an Schuschniggs Loyalität, sondern hielt ihn lediglich für viel zu unentschlossen („troppo indeciso“).<sup>152</sup> Aus diesem Grund hätte der Kanzler „schon mehr als ein Mal eine günstige Gelegenheit [...] vorübergehen lassen. So sei z. B. im Jahre 1934 nach dem Morde des Kanzlers Dollfuß eine Gelegenheit von mindestens 90 Prozent Wahrscheinlichkeit versäumt worden; jetzt sei die Wahrscheinlichkeit auf einen günstigen Erfolg für die Restauration bereits auf 65 Prozent gesunken u. warte man noch länger

---

<sup>148</sup> Der Nuntius empfahl Gföllner darüber hinaus, auch das Staatssekretariat von seiner Reise in Kenntnis zu setzen. Diesem Ratschlag kam Gföllner in Form eines 15seitigen Schreibens unmittelbar nach seiner Rückkehr nach. Vgl. AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 899-900 P.O., Fasz. 60, fol. 40r-47r: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937

<sup>149</sup> Vgl. ebd. fol. 40r-47r

<sup>150</sup> Vgl. ebd. fol. 42r

<sup>151</sup> Eigene Übersetzung: „Der besagte Prälat zeigt sich voll der Bewunderung für Otto von Habsburg.“ Ebd. fol. 32r: Z. 336/38, Nuntiaturbericht, 24. März 1937

<sup>152</sup> Ebd. fol. 32r

zu, so werde sich diese Wahrscheinlichkeit noch mehr verringern, je länger man wartet.<sup>153</sup>

Diese konstatierte Unentschlossenheit führte der Kaisersohn unter anderem auf seinen Namen zurück, der slawischen Ursprungs sei und soviel wie unsicher oder wackelig bedeuten würde („... suo nome ‘Schuschnigg’, parola di origine slowena, che equivale a ‘incerto’, ‘tentennante’.“<sup>154</sup>). Auch hinsichtlich der innenpolitischen Situation unterschieden sich ihre Standpunkte. Otto lehnte ein Plebiszit entschieden ab und bat den Bischof, der in diesem Punkt überraschenderweise hinter der Regierung stand, dies gegenüber dem Bundeskanzler noch einmal klar zum Ausdruck zu bringen: „ein solches koste viel Geld, das Österreich nicht besitze, sei von zweifelhaftem Erfolg und hinterlasse in jenen, die etwa gegen eine Restauration stimmten, eine ungute psychische Nachwirkung.“<sup>155</sup> Der Bischof versuchte den Kaisersohn hingegen davon zu überzeugen, dass man angesichts der „außenpolitischen Gefahren“ jetzt nicht „experimentieren“ dürfte: „Es wird eine Situation kommen, in der Gottes Vorsehung die Dynastie Habsburg klar die Stunde erkennen lassen wird, in der ihre Rückkehr am Platze sein wird ...“<sup>156</sup> Umso notwendiger wäre es, in der Zwischenzeit alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Konkret schlug er die Ausdehnung der legitimistischen Propaganda auf eine breitere Basis („... poiché i lavoratori e contadini dell’Austria rimangono sempre, in fondo, devoti alla Monarchia ...“<sup>157</sup>) und eine Verfassungsänderung nach dem Beispiel Ungarns vor; also die Umwandlung Österreichs in eine Monarchie ohne Monarchen.

„Als ich dann im Hinblick auf die noch bestehenden Schwierigkeiten den Plan vorlegte, den ich auch vor mehreren Jahren in einer österreichischen Bischofskonferenz zur Diskussion stellte, nämlich zunächst die Frage der Staatsform überhaupt zu klären, die tatsächliche Rückkehr der Dynastie bis zur Beseitigung der außenpolitischen Gefahren zu verschieben und

<sup>153</sup> Ebd. fol. 43r: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937

<sup>154</sup> Eigene Übersetzung: „...sein Name Schuschnigg, ein Wort slawischen Ursprungs, ist gleichbedeutend mit unsicher, wackelig.“ Ebd. fol. 32v: Z. 336/38, Nuntiaturreport, 24. März 1937

<sup>155</sup> Ebd. fol. 43rf: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937

<sup>156</sup> AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 899-900 P.O., Fasz. 60, fol. 44r: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937

<sup>157</sup> Eigene Übersetzung: „...weil die Arbeiter und Bauern von Österreich im Grunde der Monarchie immer ergeben blieben...“ Ebd. fol. 34v: Z. 336/38, Nuntiaturreport, 24. März 1937

inzwischen, ähnlich wie in Ungarn, einen Reichsverweser in der Person sei es des gegenwärtigen Bundespräsidenten oder Bundeskanzlers oder des Erzherzogs Eugen zu bestellen, zeigte sich der Kaiser hiemit ganz einverstanden – ein Beweis, daß er immerhin in nüchternen Erwägung der Umstände den bestehenden Schwierigkeiten Rechnung zu tragen u. keinen voreiligen Schritt zu tun gesonnen ist.“<sup>158</sup>

Vor der Abreise ermutigte er den Thronfolger erneut, der Sache die nötige Zeit zum „Reifen“ zu geben. Der Oberhirte verblieb mit der Zusage, die Restauration ganz besonders im Gebet unterstützen zu wollen.

„Zum Abschied versicherte ich den [sic!] Kaiser noch des ganz besonderen Gebetes in meiner Diözese, in deren 422 Pfarren jeden Monat eine eigene sog. Friedensmesse pro pace et patria gelesen werde, was den Kaiser sichtlich freute und ergriff.“<sup>159</sup>

In Rom reagierte man reserviert auf das monarchistische Engagement des Linzer Bischofs. Denn im Prinzip lief der politische Alleingang Gföllners der vatikanischen Außenpolitik zuwider, die im Falle Österreichs an der Errichtung eines katholischen Musterstaates auf der Grundlage von *Quadragesimo anno* interessiert war.<sup>160</sup> So erlaubte doch die ständestaatliche Staatsführung dem Heiligen Stuhl weit mehr Einflussmöglichkeiten, als dies bei einer selbstbewussten Dynastie der Fall gewesen wäre. Inwieweit man das dem monarchistischen Bischof signalisieren sollte, war nicht von Anfang an klar, wie ein Blick auf die Genese des Antwortschreibens zeigt. Der erste Entwurf war mit der Erinnerung versehen, dass der Heilige Stuhl keiner Staatsform den Vorrang gebe, solange sie dem allgemeinen Wohl diene („Te minime latet Apostolicam Sedem, qua [sic!] augescentem populorum prosperitatem prosequitur et optat, omnia per se civitatum genera bona existimat [sic!]“<sup>161</sup>). In der endgültig redigierten Fassung, also in derjenigen, die vom Papst abgezeichnet wurde, verzichtete man jedoch

<sup>158</sup> Ebd. fol. 44r: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937. Seinen Einfluss auf den jungen Thronfolger dürfte der Bischof hier allerdings überschätzt haben. In den Biographien Otto von Habsburgs fand dieses Treffen keinen Niederschlag. Vgl. Baier, Stephan – Demmerle, Eva: Otto von Habsburg. Die Biografie (Wien 2012)

<sup>159</sup> AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 899-900 P.O., Fasz. 60, fol. 46r: Z. 1122/37, Bischof Johannes M. Gföllner an Staatssekretär Kardinal Eugenio Pacelli, 29. März 1937

<sup>160</sup> Vgl. Klieber: Schützenhilfe 573

<sup>161</sup> Eigene Übersetzung: „Es wird dir nicht entgangen sein, dass der Apostolische Stuhl, der wachsenden Wohlstand der Völker begleitet und wünscht, alle Arten von Staaten für sich gut hält.“ AA.EE.SS., Austria-Ungheria, Pos. 899-900 P.O., Fasz. 60, fol. 48r: Z. 1122/3, Staatssekretariat an Bischof Johannes M. Gföllner, 11. April 1937

auf diese subtile Belehrung und bedankte sich stattdessen für die Berichterstattung.<sup>162</sup>

## Fazit

Literatur und Quellen stimmen darin überein, in Bischof Johannes M. Gföllner einen führenden Unterstützer des ständestaatlichen Regimes zu sehen, der sehr bald „den Parteienstaat mit fliegenden Fahnen aufgeben“<sup>163</sup> habe. Was jedoch seine politische Motivation betrifft, herrscht in der historischen Beurteilung Uneinigkeit. Ihn politisch als Sympathisanten der Heimwehren verorten zu wollen, würde eine Überbetonung der Volksvereins-Perspektive bedeuten, die gerade bei der Beurteilung des ungeliebten Bischofs Gefahr läuft, dem Motto zu folgen, der Freund meines Feindes ist mein Feind. Gföllners Verhältnis zu den Heimwehren war jedoch komplexer und vor allem nicht statisch. Zweifellos zeigte er sich anfänglich durch manche christlichen Maßnahmen der Heimatschützer beeindruckt. Möglicherweise stimmte er auch mit Fanny Starhemberg (1875-1943) darin überein, „dass ein Uebergewicht und dadurch ein maßgebender Einfluss der freisinnigen, nicht-christlich eingestellten Elemente in der Heimwehr unvermeidlich sein wird, wenn die christlichsoziale Partei nicht ganz umsteckt und selbst diese Bewegung fördert und unterstützt und ihr Möglichstes tut, ihr recht viele Kräfte zuzuführen.“<sup>164</sup> Immerhin gehörte es zu einer weit verbreiteten Auffassung im konservativen Lager der Christlichsozialen Partei, wonach man die „Volksbewegung“ Heimwehr zähmen könnte („... di attrarre a favore della buona causa le ‘Heimwehren‘ stesse ...“<sup>165</sup>).<sup>166</sup> Die verstärkte Ausrichtung am italienischen Faschismus ließ ihn aber schon bald Abstand nehmen von der Bewegung. Von Anfang an klare Grenzen zog er hingegen gegenüber dem Nationalsozialismus. Überhaupt verschloss er sich im direkten Vergleich mit Kar-

---

<sup>162</sup> Vgl. ebd. fol. 48r

<sup>163</sup> Slapnicka, Harry: Die Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. In: Jahrbuch der Diözese Linz 1985 (Linz 1985) 46-52, hier: 50

<sup>164</sup> OÖLA, Nachlass Ernst Hirsch, Karton 5, o. fol.: Franziska Starhemberg an Landesrat Ernst Hirsch, 7. November 1930

<sup>165</sup> Eigene Übersetzung: „...um die Heimwehren für die gute Sache zu gewinnen...“ AA.EE.SS, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 69v.: Z. 407/11235, Nuntiaturreport, 20. September 1929

<sup>166</sup> Vgl. Steinmair, Jürgen. Der Priesterpolitiker Ignaz Seipel und der Heilige Stuhl. Ein Konflikt der Loyalitäten (Diss. Univ. Wien 2012) 220

dinal Theodor Innitzer den politischen Strömungen seiner Zeit viel mehr. Auch zu dem von ihm unterstützten Ständestaat verlor er niemals die kritische Distanz. Seine Vorbehalte galten dabei immer den faschistischen Tendenzen in der staatlichen Umstrukturierung, worunter er in erster Linie die Durchsetzung eines staatlichen Totalitätsgedankens verstand. Insgesamt bejahte er jedoch die Diktatur, die entsprechend seines autoritären Denkens, den effektivsten Schutz gegen den Nationalsozialismus und eine Handhabe gegen andere vermeintlich bedrohliche politische Strömungen bot. Neueste Erkenntnisse zeigen darüber hinaus, dass er hier weitgehend im Einklang mit vatikanischen Interessen gehandelt hat, ohne jedoch in nachweisbarer Weise instruiert worden zu sein. Im Gegensatz zur Kurie, die im Falle Österreich die Errichtung eines katholischen Musterstaates als Gegenmodell zu den Totalitarismen der Zeit vor Augen hatte, konnte Gföllner einem Regime mit faschistischem Anstrich nur wenig abgewinnen. Der Ständestaat blieb für ihn deshalb stets nur ein Provisorium auf dem Weg zu seinem „Endziel“, der Monarchie. Spätestens mit dem Amtsantritt Schuschniggs erschien diese wieder als realistische Option. Aus Unzufriedenheit über die laufenden Restaurationsvorbereitungen führte er 1937 auf eigene Initiative Vermittlungsgespräche mit Otto von Habsburg in Belgien mit dem Ziel, vor einer überstürzten Einreise nach Österreich zu warnen und die Restauration vorläufig auf verfassungsmäßigem Wege voranzubringen.